

59. (Sonder-)Sitzung

Potsdam, Dienstag, 21. August 2012

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	4808	Büttner (FDP)	4815
1. „Chaos am Flughafen Willy Brandt gefährdet Sicherheit und Zukunft Brandenburgs“		Görke (DIE LINKE)	4818
Antrag von 19 Abgeordneten gemäß § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages		Kurzintervention des Abgeordneten Genilke (CDU)	4820
Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Kurzintervention des Abgeordneten Schulze (fraktionslos)	4821
Drucksache 5/5843	4808	Vogel (GRÜNE/B90)	4821
Dombrowski (CDU)	4808	Ministerpräsident Platzeck	4826
Holzschuher (SPD)	4811	Dombrowski (CDU)	4829
Kurzintervention des Abgeordneten Goetz (FDP)	4813	Ministerpräsident Platzeck	4831
Kurzintervention des Abgeordneten Genilke (CDU)	4814	Ness (SPD)	4831
		Vogel (GRÜNE/B90)	4833
		Anlagen	
		Anwesenheitsliste	4834
		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 11.01 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 59. Sitzung des Landtages Brandenburg und habe die Bitte an Sie, sich zu einer Gedenkminute für unsere am 25. Juli 2012 verstorbene Kollegin Irene Wolff-Molorduc zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich zu einer Gedenkminute von den Plätzen.)

- Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Der Landeswahlleiter hat mitgeteilt, dass Herr Matthias Loehr mit Wirkung vom 31. Juli 2012 Mitglied des Landtages Brandenburg geworden ist. Er gehört der Linksfraktion an. Herzlich willkommen, Herr Loehr!

(Loehr [DIE LINKE]: Danke! - Beifall)

Des Weiteren informiere ich Sie darüber, dass die Fraktion DIE LINKE am 20.08.2012 den Abgeordneten Görke als Vorsitzenden, die Abgeordneten Wehlan und Mächtig als stellvertretende Vorsitzende sowie den Abgeordneten Domres als Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion gewählt hat. Als weitere Mitglieder des Fraktionsvorstandes wurden die Abgeordneten Büchel, Große, Dr. Scharfenberg und Wöllert gewählt. Damit haben wir eine neue Mannschaft bei der Linksfraktion. Vertrag euch gut!

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE - Gelächter bei der CDU)

Entschuldigung, ich bin zu Beginn der Sitzung ermahnt worden, heute nicht ironisch zu sein. Ich gebe mir ab sofort Mühe.

(Jürgens [DIE LINKE]: Ich dachte, das war ein ernst gemeinter Wunsch!)

Gibt es Bemerkungen zum Entwurf der Tagesordnung? - Da dies nicht der Fall ist, bitte ich um Zustimmung zur Tagesordnung. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall, sodass wir in die Tagesordnung zu folgendem Beratungsgegenstand eintreten können:

„Chaos am Flughafen Willy Brandt gefährdet Sicherheit und Zukunft Brandenburgs“

Antrag von 19 Abgeordneten
gemäß § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages

Des Weiteren liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Als erster Redner erhält für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Dombrowski das Wort.

Dombrowski (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir, die Abgeordneten des Landtages Brandenburg, sind die gewählte Vertretung des Volkes. Wir wurden gewählt, um uns für die Interessen und Belange der Bürger des Landes einzusetzen. Und weil

das wichtigste, größte und teuerste Infrastrukturprojekt des Landes, ja sogar der neuen Länder aus der Kontrolle geraten ist, haben wir als CDU-Fraktion diese Sondersitzung beantragt. Wir wissen, dass wir mit einer Sitzung nicht das Problem aus der Welt schaffen, aber die Bürgerinnen und Bürger, für die wir hier sitzen, diskutieren und entscheiden, haben Anspruch darauf zu wissen: Was funktioniert, was funktioniert nicht, und wer trägt die Verantwortung?

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Es kann nicht sein, meine Damen und Herren, dass sich Politiker wählen lassen, um dann in Regierungsverantwortung zu erklären: „Wir können uns nicht im Detail kümmern“, „Ich kann als Aufsichtsrat doch nicht die Arbeit der Geschäftsführung machen“, „Ich kann als Aufsichtsrat doch nicht in jeden Kabelschacht kriechen“, „Ich kann das gar nicht beurteilen; ich bin doch auf die Informationen der Geschäftsführung angewiesen.“ - Ja, meine Damen und Herren, so muss man argumentieren, wenn man möchte, dass die Bürgerinnen und Bürger den letzten Glauben an die Politik und damit an unser Demokratie-Modell verlieren. Man kann verstehen, wenn Bürger zu dem Ergebnis kommen, dass unsere Demokratie nichts wert ist, wenn sie sich nicht mehr an der Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung messen lassen will.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Meine Damen und Herren! Äußerungen aus diesem Landtag heraus machen auch die Bemerkung notwendig, dass es nicht die Aufgabe der Opposition ist, der Regierung zuzujubeln oder ihr beim Verdunkeln und Vernebeln von kritikwürdigen Vorgängen zu helfen.

Der Anlass der heutigen Sitzung ist ein islamistischer Gefährder, der für die Zugangskontrolle auf der Flughafenbaustelle zuständig war. Er hat dort schwarz gearbeitet. Beides wurde von der Landesregierung noch vor wenigen Wochen als unmögliches Szenario dargestellt.

Die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten ist die allererste und wichtigste Aufgabe jeder Regierung. Dass der Ministerpräsident dann mitteilen lässt, dass er das Problem mal im nächsten Aufsichtsrat - sozusagen bei Tee und Gebäck - besprechen möchte, zeigt offensichtlich, wie sehr die Fähigkeit, Probleme als Probleme zu erkennen, zu bezeichnen und dann zu lösen, beim Ministerpräsidenten verloren gegangen ist.

(Beifall CDU)

Ich frage mich, meine Damen und Herren, seit wann in unserem Land privatrechtliche Gesellschaften für zentrale Fragen der öffentlichen Sicherheit zuständig sind. Muss es uns jetzt ausreichen, dass der Geschäftsführer des Flughafens verspricht, dass so etwas nicht mehr vorkommen werde? Muss es reichen, dass Herr Schwarz ausschließt, dass es schon früher ähnliche Fälle gegeben habe? Mir reicht das nicht und den Bürgerinnen und Bürger im Lande auch nicht.

Ihnen, Herr Ministerpräsident, scheint die Brisanz des Skandals nicht bewusst zu sein. Es geht hier nicht um den bürokratischen Fehler eines Subunternehmers. Es geht um die Sicherheit eines Flughafens, der von über 20 Millionen Fluggästen ge-

nutzt werden soll. Es geht um die Sicherheit Brandenburgs, um die Sicherheit unseres Landes.

(Beifall CDU)

In Anbetracht der eklatanten Sicherheitsdefizite und Schlamperien ist es nämlich völlig unklar, wer in den letzten Monaten und Jahren alles auf der Baustelle des Flughafens Willy Brandt tätig war und beispielsweise Baupläne, Tunnelsysteme, unterirdische Betankungsanlagen oder ähnliche Sicherheitssysteme hätte einsehen bzw. ausspionieren können.

Herr Ministerpräsident, Sie haben am 7. November 2009 in diesem Saal Ihren Amtseid geleistet. Sie haben geschworen, Schaden vom Lande abzuwenden und sich zum Wohle unseres Landes, für die Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Herr Ministerpräsident, ohne Zweifel haben Sie in Ihrem Wirken für das Land nicht nur Fehler gemacht. Aber Chef einer Regierung zu sein bedeutet eben nicht nur, sich und andere in die Sonne zu stellen. Es bedeutet auch, Verantwortung zu übernehmen, wenn die Dinge nicht funktionieren.

(Beifall CDU und des Abgeordneten Vogel [GRÜNE/B90])

Im Zusammenhang mit dem Flughafen sagen Sie: „Ich gehöre nicht zu denen, die kneifen.“ Das hört sich gut an. Tatsache ist aber, dass sich die Bürgerinnen und Bürger bei all den Nachrichten, die vom Flughafen in die Öffentlichkeit gelangen, regelmäßig irgendwohin kneifen, um festzustellen, ob sie wach sind oder sich in einem bösen Traum befinden. Vielleicht, Herr Ministerpräsident, sollten auch Sie sich einmal irgendwo kneifen, um wach zu werden.

Herr Ministerpräsident, Sie sind als einziger Brandenburger seit 2002 ununterbrochen Mitglied dieses Aufsichtsrates. Sie haben als stellvertretender Vorsitzender dieses Aufsichtsrates auch noch eine herausgehobene Funktion. Der Flughafen wird in Brandenburg gebaut, nicht in Berlin. Alle behördlichen Fragen - mit Ausnahme der Flugrouten - sind in alleiniger Verantwortung der in Brandenburg Zuständigen zu treffen. Sie, Herr Ministerpräsident, sind sehr gern zuständig und verantwortlich für das Wunder von Mühlberg und Ähnliches, wollen aber nicht zuständig sein für die Entwicklungen am Flughafen Willy Brandt, sondern sind darüber stocksauer. Sie sind sozusagen die personifizierte Nichtzuständigkeit, wenn die Dinge schief laufen, und Sie versuchen, die katastrophale Entwicklung am Flughafen Willy Brandt als eine Art höhere Gewalt oder als durch Andere verursacht darzustellen. Sie versuchen, Ihre unmittelbare Zuständigkeit wie auch die Zuständigkeit der Landesverwaltung - und natürlich auch dieses Parlaments - zu leugnen. Aber es gelingt Ihnen nicht, und das ist gut so.

Herr Ministerpräsident, wenn es nur das wäre, dass der Flughafen teurer wird! Dafür können durchaus in begrenztem Umfang Erklärungen gegeben werden. Aber das ist es ja nicht allein. Festzustellen bleibt, Herr Ministerpräsident, dass Sie es fertigbringen, den Brandenburgern, die betroffen sind, den planfestgestellten Anspruch auf Lärmschutz streitig zu machen. Und nicht nur das: Sie haben im Aufsichtsrat zugestimmt, mit juristischen Mitteln gegen ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts vorzugehen, das den betroffenen Bürgern eben diesen Lärmschutz richterlich bestätigt hat.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Es ist schön für Sie, Herr Ministerpräsident, dass Sie einen Moment lang glauben konnten, Sie könnten sich für Ihren vermeintlichen Lärmschutzkompromiss feiern lassen. Übrig bleibt aber erstens, dass der Ministerpräsident unseres Landes mit seiner Fachverwaltung zugelassen hat, dass die Flughafengesellschaft den vorgeschriebenen Lärmschutz nicht realisiert.

(Beifall CDU)

Zweitens bleibt übrig, dass der Ministerpräsident dieses Landes bereit war, mit juristischen Mitteln gegen die berechtigten Interessen der eigenen Bürger vorzugehen. Und wenn, meine Damen und Herren, in der weiteren Diskussion Regierungsmitglieder oder Kollegen wieder kommen und sagen: Ja, aber die CDU war doch früher auch dabei, und heute ist sie auch - mit Herrn Henkel und Herrn Bomba - dabei“, dann sage ich: Ja, Sie haben Recht - aber Sie verweisen wieder einmal auf andere. Das habe ich vorhin als personifizierte Nichtverantwortung des Ministerpräsidenten bezeichnet.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Und wenn Sie, Herr Ministerpräsident, der CDU vorwerfen lassen, mit Dreck zu werfen - nur weil sie sich für den Lärmschutz engagiert -, dann sage ich, dass wir als CDU nichts anderes tun, als unserer Mitverantwortung für den Planfeststellungsbeschluss von 2004 nachzukommen, der sozusagen auch unsere Unterschrift trägt, den wir den Bürgerinnen und Bürgern, die betroffen sind, nicht aus Gnade zusprechen, sondern als ihr verbrieftes Recht ansehen.

(Beifall CDU und der Abgeordneten Nonnemacher [GRÜNE/B90])

Wir werden diesen Bürgern bedingungslos helfen, genau das zu bekommen, was Sie, Herr Ministerpräsident, den Bürgern nach 2009 haben streitig machen wollen, denn das ist unsere Verantwortung als Opposition in der Kontinuität ehemals aus Regierungsverantwortung bis heute.

Herr Ministerpräsident, Sie sind verantwortlich als Chef einer Regierung. Nicht umsonst spricht der Volksmund: Wie der Herr, so's Gescherr!

Ich verstehe, dass alle, die Ihnen politisch sehr nahe stehen und in ihren eigenen Gestaltungsvorstellungen mit Ihnen verbunden sind, Sie zu schützen versuchen und auf andere, vermeintlich Verantwortliche - im Zweifelsfalle immer die CDU - verweisen. Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, Sie irren - nein, Sie irren nicht, Sie sagen einfach nur nicht die Wahrheit, wenn Sie behaupten, dass die CDU den Flughafen unverantwortlicher Weise schlecht rede. Herr Ministerpräsident, Ihre Regierung hat auf unsere Kleine Anfrage geantwortet:

„Wirtschafts- und Ertragslage der Flughafengesellschaft lassen keine weiteren Kredite zu.“

Wir sind nur dafür verantwortlich, dass wir die Frage gestellt haben. Und wir stellen weiterhin Fragen, meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, denn dafür sind wir gewählt. Die Aufgabe der Kontrolle der Regierungsarbeit ist bei der Opposition in besonderer Weise gut aufgehoben.

(Beifall CDU)

Dabei ist völlig unerheblich, wer in welchem Land in welchem Farbenspiel regiert oder opponiert. Es ist wichtig und erfordert Verantwortungsgefühl, dass der Ministerpräsident dies schätzt oder - zumindest - erträgt.

Was haben Sie, Herr Ministerpräsident, am größten Investitionsprojekt Ostdeutschlands bisher tatsächlich zustande gebracht? Im Juli 2008 haben Sie mit Freude medienwirksam den ersten Spatenstich für den Terminal zelebriert. Auch beim Richtfest - ein paar Jahre später - trugen Sie gern die Feierverantwortung. Im Juli 2010 wurde dann die für November 2011 geplante Eröffnung des Flughafens um ein Jahr verschoben. Schuld waren natürlich andere.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätten Sie misstrauisch werden müssen. Stattdessen bescherten Sie unserem Land Brandenburg vor rund drei Monaten die größte Blamage seiner Geschichte. Vier Wochen vor dem Termin wurde die Eröffnung erneut abgesagt, die Gäste wurden wieder eingeladen - in dieser Form bundesweit einmalig. Sie kündigten dann auf der Pressekonferenz am 8. Mai eine Eröffnung für August 2012 an. Sie wussten nichts oder zu wenig über die tatsächlichen baulichen Missstände, aber genug, um einen Augusttermin ins Gespräch zu bringen.

(Beifall CDU und FDP)

Auch die Einhaltung des vierten von Ihnen angekündigten Termins - des 17. März 2013 - ist mittlerweile mehr als fraglich. Wenn es erst der Expertise des neuen Technikchefs bedarf, einen verbindlichen Termin festzulegen, der auch gehalten werden kann, sagt das alles über den Wert Ihrer Ankündigungspolitik.

Fast jeden Tag sieht und hört man von Geschäftsinhabern, die wegen der Terminverschiebung bereits eingestelltes Personal wieder entlassen oder vertrösten müssen. Hinzu kommen die unwürdige Trickserei beim Schallschutz und der Schaden, den Sie, Herr Ministerpräsident, an der Glaubwürdigkeit der Politik angerichtet haben, und der wird uns allen als Politiker angelastet.

Das Willy-Brandt-Flughafen-Chaos wird nicht nur die Anwohner, sondern alle Brandenburger in Form des Haushalts unmittelbar betreffen - das werden wir in den Haushaltsberatungen feststellen. In der kommenden Woche werden wir in 1. Lesung den Haushalt der kommenden zwei Jahre beraten. Dass darin für den Flughafen über 600 Millionen Euro bereitgestellt werden sollen, wird jeder sehr bald ganz konkret spüren.

(Görke [DIE LINKE]: Die Zahlen kennen Sie?)

Herr Ministerpräsident, noch einmal: Wenn der Flughafen nur teuer würde, wäre dies vielleicht entschuldbar. Es kommt aber sicherlich darauf an, um wie viel teurer er wird und welche Gründe es dafür gibt. Fakt ist aber - und das sollten Sie den Bürgerinnen und Bürgern auch ehrlich sagen -, dass die jetzt - ich es sage absichtlich so - in den Raum gestellten 4,2 Milliarden Euro wohl nicht reichen werden. Auch die Nachfinanzierung in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro, die Sie irgendwie darstellen und hoffentlich absichern können, ist ja nicht der Schlusspunkt, sondern der Versuch, das Nötigste, was getan werden muss, umzusetzen, um diesen Flughafen überhaupt betriebsbereit zu machen.

Irgendwann 2013 wird der Flughafen wohl auch eröffnet. Festzustellen bleibt, dass bereits drei Jahre später eine der beiden Start- und Landebahnen grunderneuert werden muss - im laufenden Betrieb natürlich. Wo sind diese Kosten geplant und finanziert? Wo sind die Investitionskosten für die notwendigen sogenannten Satelliten geplant und finanziert?

Herr Ministerpräsident, als Vorsitzender der SPD im Land Brandenburg haben Sie ein Programm, das Brandenburg im Jahr 2030 beschreibt, auf den Weg gebracht. Sie haben keinen Plan dafür, was in zwei oder drei Jahren auf dem Flughafen Willy Brandt notwendig ist. Sie handeln nach dem Motto: Lasst uns den Flughafen mal irgendwann irgendwie eröffnen, und dann sehen wir weiter!

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Das geht so nicht. Obwohl Sie heute wissen, dass wir mit der Entwicklung der Passagierzahlen um zehn Jahre voraus sind, möchten Sie lieber nach der Eröffnung des Flughafens über den großen Zuspruch überrascht sein, um dann zu sagen: Jetzt müssen wir aber neue Kapazitäten schaffen. - Auch hier sagen wir als märkische Union: Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, zu wissen, wie die Perspektive des Flughafens aussieht.

(Beifall CDU)

Wir wissen, dass der Flughafen auch ein Jobmotor sein kann und sein wird. Herr Ministerpräsident, für diese Erkenntnis hätten Sie auf ein Gutachten eines Schweizer Instituts verzichten können - Sie haben es ja öffentlich zitiert. Sie hätten auch den Pförtner des Parlaments oder jeden anderen Bürger auf der Straße fragen können - der hätte Ihnen genau das Gleiche gesagt.

Herr Ministerpräsident, Sie wiederholen gebetsmühlenartig: Wir bauen den modernsten Flughafen Europas. - Ich frage Sie: Was ist modern daran, wenn dieser Flughafen in weiten Teilen - wie Sie es in einem persönlichen Brief an einen Bürger geschrieben haben - nicht behindertengerecht geplant und gebaut wurde?

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Es ist nicht modern, sondern beschämend, dass Behinderte im Brandfall in besonders rauchgeschützten Räumen zusammengeholt werden sollen, um dort auf die Feuerwehr zu warten. Das ist verantwortungslose Schildbürgerei und nicht modern!

(Beifall CDU, GRÜNE/B90 sowie der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Lösen Sie sich doch endlich einmal von der ständigen Anrufung von Superlativen, die Sie oder wir erreichen müssen. Ihr Motto ist - und das hat auch früher schon nicht funktioniert -: Wo wir sind, ist vorn, und wenn wir hinten sind, ist eben hinten vorn.

Herr Ministerpräsident, erklären Sie hier in diesem Hohen Haus, welchen Anteil an Verantwortung Sie als Ministerpräsident und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft für das Desaster haben.

(Beifall CDU)

Erklären Sie hier und heute, was der derzeit bekannte finanzielle Mehrbedarf von mehreren hundert Millionen Euro nicht nur für den Landeshaushalt, sondern für die Kommunen und die Bürger im Land bedeutet.

(Beifall CDU)

Erklären Sie es, ohne die Neiddebatte zu schüren.

Meine Damen und Herren, ich nenne vier Beispiele: 450 Millionen Euro - die beinhalten noch nicht den vorgesehenen Griff in die Rücklage, das können Sie hinzurechnen - sind genauso viel Geld, wie für die Sanierung der Hälfte aller Landesstraßen oder für die Finanzierung von 4 500 Lehrer- oder Polizeistellen für zwei Jahre benötigt würde.

(Günther [SPD]: Ohne Neid!)

Das ist doppelt so viel, wie wir in unsere Kindergärten investieren.

(Ness [SPD]: Aber mehr Schallschutz!)

Das ist doppelt so viel wie der Hochschuletat eines Jahres. Das sind einige Beispiele, und zu weiteren werden wir sicherlich in den Haushaltsberatungen kommen.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Herr Ministerpräsident, erklären Sie hier und heute - bei dem Wissen, das Sie aus den Aufsichtsratssitzungen und aus den fortgeschrittenen Businessplänen haben - die Mängel sowie die tatsächlichen finanziellen Bedarfe und Unwägbarkeiten bei der Finanzierung des Flughafens. Hier ist der Ort, das zu erklären, und nicht Geheimhaltungsrunden in Hinterzimmern. - Danke.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die SPD-Fraktion. Der Abgeordnete Holzschuher spricht.

Holzschuher (SPD):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dombrowski, ich habe jetzt, glaube ich, verstanden, warum wir diese Sonder-sitzung des Landtags brauchten: Sie wollten die Gelegenheit nutzen, einmal mit dem Ministerpräsidenten ins Gespräch zu kommen. Sie haben ihn - jedenfalls gefühlt - fünfzigmal angesprochen.

(Beifall SPD)

Das aber, Herr Dombrowski, ist auch für Abgeordnete der Opposition jederzeit unkompliziert möglich, wenn Sie einfach einmal mit ihm telefonieren oder einen Gesprächstermin ausmachen. Dafür hätte man nicht 88 Abgeordnete dieses Thema heute hier in dieser Form miterleben lassen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Sie haben auch ganz oft von Verantwortung gesprochen und dabei zu Beginn eine sehr wichtige Sache gesagt: Wir, die Ab-

geordneten dieses Parlaments, sind gewählt, um die Interessen der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu vertreten. Wir sind gewählt, um das Land voranzubringen und Schaden von ihm abzuwenden. - Alle Abgeordneten dieses Parlaments sind dafür gewählt, auch die Abgeordneten der Opposition, auch die Abgeordneten der CDU. Deswegen ist es so beschämend - dieses Wort haben Sie auch einmal erwähnt -, wie die CDU-Fraktion und Sie persönlich sich in den vergangenen Wochen zum Flughafen verhalten haben. Das hatte aus meiner Sicht nichts mehr mit Oppositionspolitik zu tun, nichts mehr mit kritischen Analysen,

(Beifall SPD und DIE LINKE)

mit Fragen, die wir alle auch haben, sondern das hatte das Ziel, dem Flughafen und damit dem Land Brandenburg zu schaden. Das ist beschämend - in der Tat!

(Beifall SPD)

Lassen Sie mich einen kurzen Exkurs zum Thema „sich selbst-erfüllende Prophezeiung“ machen. Dieser Begriff stammt aus der amerikanischen Soziologie und hat auch in die Wirtschaftswissenschaften Eingang gefunden. Eine Geschäftsbank ist an sich gut aufgestellt, aber es wird das Gerücht über sie verbreitet, sie habe Zahlungsschwierigkeiten. Das verunsichert die Kunden; sie ziehen ihr Geld ab, sie kommen und wollen Geld abheben, es bilden sich Schlangen. Die Medien werden aufmerksam, berichten darüber - das verunsichert noch mehr Kunden. Es wird immer mehr Geld transferiert, und zum Schluss ist die Bank tatsächlich zahlungsunfähig.

(Lachen bei der CDU)

Das funktioniert mit einer Bank, das funktioniert mit einem Unternehmen, und das funktioniert natürlich, wenn man es unbedingt darauf anlegt, auch mit einem Flughafen. Wenn ich von Ihnen aus der CDU-Fraktion gehört habe, man müsse in Brüssel einmal genau gucken, ob der Flughafen nicht nur unter größten Auflagen - eigentlich nur durch eine Privatisierung - überhaupt noch eine Chance habe, weitere Beihilfen zu bekommen, wenn man dann hört, dass doch die Banken keinerlei Kredit mehr geben könnten, weil ja die Rückzahlung ohnehin nicht gewährleistet sei; wenn man dann hört, dass doch bitte schön die Geschäftskunden des Flughafens aufpassen sollten, ob sie denn ihr Geld wiederbekommen, und möglichst um Vorkasse ersuchen müssten, dann führt das genau da hin.

(Burkardt [CDU]: Hinfahren!)

Dabei wissen Sie ganz genau: Dieser Flughafen ist liquide, und er wird es auch bleiben, weil die Gesellschafter - der Bund, Berlin und das Land Brandenburg - in der Verpflichtung stehen, das Projekt Flughafen in der Region Berlin-Brandenburg - und es ist ein Erfolgsprojekt - weiter zum Erfolg zu führen. Niemand braucht Sorge zu haben, dass er mit seinen Geldern ausfällt - niemand.

Das Gerede über die scheinbaren, vermeintlichen finanziellen Probleme und die drohende Illiquidität schadet dem Land. Deswegen appelliere ich noch einmal an Ihre Verantwortung, die Sie als gewählte Abgeordnete - auch als Oppositionsabgeordnete - tragen: Hören Sie endlich damit auf, diesen Standort per-

manent schlechtzureden. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt, wie Sie völlig zu Recht gesagt haben!

(Beifall SPD sowie Lachen bei der CDU - Burkardt [CDU]: Lesen!)

Zur Sache selbst: Ausgangspunkt dieser aus meiner Sicht völlig überflüssigen heutigen Debatte war ja - Sie haben es kurz erwähnt - eine Diskussion über Sicherheitsprobleme, weil man vor Ort einen Islamisten festgestellt hat. Ich kann darin zwar keinen dringenden Beratungsbedarf auch im Landtag erkennen - dem übrigens im zuständigen Innenausschuss und in der Parlamentarischen Kontrollkommission nachgekommen wurde -, aber einen Skandal, wie Sie es hier darstellen, gar einen, der hier Sondersitzungen erfordert, kann ich nicht erkennen.

Ich denke, zu dem Thema reicht es, den Innensenator von Berlin - übrigens ist er Mitglied Ihrer Partei, der CDU - zu zitieren. Er sagt, der Vorgang zeige, dass die Sicherheitsbehörden in der Region gut aufgestellt seien, unser Frühwarnsystem funktioniert habe und die Polizei mit ihren Informationen einen erheblichen Beitrag zur Aufdeckung dieses Falls geleistet habe.

Wo ist also der Skandal, wenn selbst Ihr Kollege in Berlin erklärt, dass das eine gute Arbeit der Sicherheitsbehörden gewesen sei?

(Beifall SPD)

Zu der üblichen Frage nach der Verantwortung für den Eröffnungstermin: Es ist, glaube ich, schon genug dazu gesagt worden, dass es nicht der Aufsichtsrat war, der Termine gesetzt hat. Das hat er in der Vergangenheit nicht getan, und das wird er auch aktuell nicht tun, auch wenn man immer wieder hört, es müsse doch jetzt endlich - sofort! - ein Termin auf den Tisch, und es sei ganz schrecklich, dass das noch nicht im August passiert sei. Nein, es ist eben gerade keine politische Vorgabe für einen Eröffnungstermin gesetzt worden und darf es auch nicht.

Jeden Tag wird hier ein anderes Gerücht durch die Welt gejagt, eine Sau durch den Flughafen getrieben - nur mit dem Ziel, Verunsicherung zu schüren, nicht aber, um aufzuklären. Zu Wort kommen vermeintliche Experten, die meinen, das Terminal würde im Sand versinken, die Landebahn sei unterspült, das Terminal müsse vielleicht auch abgerissen werden, all das - das haben wir im Grunde auch bei Ihnen herausgehört -, weil ja möglicherweise islamistische Terroristen maßgeblich an der Bauleitung beteiligt gewesen seien. Vielleicht ist das die einzige Lösung.

So viel Unsinn, wie in den letzten Wochen zum Flughafen gesagt wurde, habe ich in meiner parlamentarischen Laufbahn noch nicht gelesen.

(Beifall SPD)

Ich kann nur jedem raten: Gehen Sie zum Flughafen und schauen Sie sich das Gelände mit eigenen Augen an. Die Hoch- und Tiefbauarbeiten am Flughafen sind abgeschlossen. Der Vorplatz wartet auf die Passagiere.

(Lachen bei der CDU)

Im Terminal müssten Sie noch ein wenig Staub wischen und

die Plastikfolien entfernen, dann könnte man die Koffer hineinstellen.

(Zuruf von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Zugegebenermaßen: Ein wesentliches Problem ist noch ungeklärt. Mängel und Probleme gibt es bei der technischen Gebäudeausrüstung - das ist zweifellos so -, insbesondere beim Brandschutz.

(Burkardt [CDU]: Aha! Ich dachte, es gibt keine!)

Das ist aber kein politisches Problem, sondern ein ingenieurtechnisches. Ich war erst vor einigen Tagen wieder auf der Baustelle, habe mir das angeschaut und - das kann ich auch Ihnen nur empfehlen - in Ruhe mit den Verantwortlichen gesprochen. Ich war auch unter dem Dach, in dem Bereich, zu dem Passagiere keinen Zutritt haben werden - ich weiß gar nicht, ob Sie von der CDU dort schon einmal waren -, dort, wo sich die Technik befindet. Das ist eine 700 Meter lange und 150 Meter breite Halle, die mit Computern, Messanlagen, Kabelschächten, Abzugsanlagen, Entrauchungsanlagen und vielem mehr vollgestopft ist.

In dieser gigantischen Halle bekommt man in der Tat ein Gefühl für die Komplexität dieser Anlage, und dann weiß man auch, dass es nicht darum geht, irgendeinen Stecker umzustecken. Diese Anlage funktioniert derzeit nicht.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Aber das ist eben eine Aufgabe für die Ingenieure. Diese müssen daran arbeiten, das Problem zu lösen, und sie arbeiten daran. Dafür brauchen sie Zeit, Vertrauen und die Ruhe, die nötig ist, um diese Situation zu analysieren.

(Zuruf von der CDU: Jetzt verstehe ich!)

Wir können jeden Tag eine Sondersitzung des Landtages oder der Ausschüsse durchführen.

(Zuruf von der CDU: Ich sage nur: Morgen!)

Wir können möglicherweise jeden Tag die Ministerinnen und Minister sowie den Ministerpräsidenten gemeinsam vorladen und uns berichten lassen, was ohnehin jeden Tag in der Zeitung steht. Aber davon wird die Brandschutzanlage keinen Tag eher fertig.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Da können auch Sie von der CDU wie Rumpelstilzchen auf den Boden stampfen - das ändert nichts.

(Heiterkeit der SPD)

Das gilt übrigens auch für Bundestagsabgeordnete. Jetzt schaue ich einmal in die andere Richtung, in die Richtung der Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: In der letzten Woche hatte ein Bundestagsabgeordneter - von dem hier in Brandenburg wahrscheinlich noch nie jemand etwas gehört hatte, das war offensichtlich nachteilig; deshalb musste er sich zu Wort melden - den Ehrgeiz, auch einmal etwas zu sagen. Und er hat

entdeckt: Der Flughafen wird nicht rechtzeitig fertig. - Diese sensationelle Feststellung wird durch die Presse breitgetreten, als ob irgendeine Neuigkeit zu vermelden sei, und das wird natürlich wieder von einigen in diesem Haus aufgegriffen und zu einem Skandal verklärt, so als ob irgendein neuer Fakt in der Welt sei.

So kann man in der Tat einen Standort schlechtreden, so kann man - mit allen Mitteln - diesen Flughafen schlechtreden, der - das ist jedem Pfortner auch hier im Landtag bewusst - die große Jobmaschine, der Wirtschaftsmotor für die Region Berlin-Brandenburg werden soll, werden muss und werden wird. Übrigens hat der neue Technische Geschäftsführer, Herr Amann, zugesagt, Mitte September einen Termin zu nennen, und ich bin zuversichtlich, dass er sich daran hält.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Ob das der 17. März sein wird, werden wir sehen. Wenn es ein paar Monate später sein sollte - was, wohlgemerkt, heute nicht feststeht -, wird er das auch sagen; dann wird der Flughafen dennoch im nächsten Jahr fertig werden.

(Genilke [CDU]: Hoffen wir! Wie der Landtag!)

Noch einige Worte zur Finanzierung. Diese ist genau das Kernproblem, auf dem Sie immer herumreiten. Es geht nicht nur um die Frage, woher das Geld kommt und wer den Flughafen stützt, sondern auch um die Frage, warum es jetzt so hohe Mehrkosten gibt. Immer wieder wird verbreitet, die Verzögerung der Eröffnung werde zu Mehrkosten von 1 Milliarde führen. Sie haben gesagt, das sei sicher nur der Anfang, alles werde noch viel teurer - wodurch das belegt ist, würde ich auch gern wissen -, und zwar nur wegen der verspäteten Eröffnung. Dabei wissen Sie genau: Das ist falsch und hat damit nichts zu tun.

Zwei wesentliche Posten führen zur Verteuerung: Der erste ist der Erfolg des Flughafens. Dieser Erfolg zwingt uns, die Flughafengesellschaft, zu erheblichen Mehraufwendungen, weil der Flughafen größer werden muss - schneller, als es ursprünglich vorhersehbar war.

(Lachen bei der CDU)

Dieser Flughafenstandort Berlin-Brandenburg ist die dynamischste Flughafenregion in Deutschland. Das ist ein Erfolg nicht nur der Flughafengesellschaft, sondern von uns allen. Es war sogar einmal Ihr Erfolg - als Sie noch zum Flughafen standen. Jetzt ist es nicht mehr so, wenn ich das sagen darf.

Der Flughafen wird deshalb um viele hundert Millionen Euro teurer, weil wir bauen müssen, um das Aufkommen an Passagieren aufzufangen.

Der zweite wesentliche Aspekt ist der Lärmschutz. Ja, auch dieser wird teuer. Auch das war zunächst so nicht absehbar, das ist richtig.

(Lachen bei der CDU)

Aber der Ministerpräsident hat sich sehr deutlich dazu bekannt - nicht erst gestern, nicht erst in der letzten Aufsichtsratssitzung, wie Sie fälschlicherweise darstellen -, dass wir diesen

Planfeststellungsbeschluss ohne Wenn und Aber umsetzen müssen, und das kostet

(Zuruf von der CDU: Falsch!)

dann eben viele hundert Millionen Euro mehr. Wenn Sie nun sagen, Sie seien schon immer dafür gewesen, und gleichzeitig kritisieren, dass wir Hunderte Millionen Euro in den Schallschutz stecken müssen, dann ist das ein unauflösbarer Widerspruch. Aber so ist das eben mit der CDU in diesem Land.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE - Bischoff [SPD]: Ja, verlogten!)

Die Sache mit dem Schallschutz ist übrigens ein Beleg dafür, warum der Ministerpräsident im Aufsichtsrat sein und bleiben muss; denn die Verhandlungen, die er gegen den Bund und gegen das Land Berlin - das muss man leider auch sagen - führen musste, konnten nur deshalb zum Erfolg geführt werden, weil der Ministerpräsident im Aufsichtsrat mit den anderen auf Augenhöhe verhandeln konnte.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Das hat dem Land erheblichen Nutzen gebracht. Deshalb finde ich es absolut richtig, dass er dort ist und bleibt; ich hoffe, dass er dazu weiter steht. Er wird sicherlich gleich bestätigen, dass er weitermachen wird - nicht nur, weil er sich nicht vor der Verantwortung drückt, sondern auch deshalb, weil es dem Land Brandenburg nützt, wenn er da ist.

(Burkardt [CDU]: Das muss mal gesagt werden!)

Meine Damen und Herren! Über diesen Flughafen ist in den letzten Wochen so viel Schlechtes gesagt worden - und damit ist über dieses Land in den letzten Wochen Schlechtes gesagt worden -, dass ich Sie alle bitte, ein wenig zur Besinnung zu kommen. Das, was wir hier tun, soll unser gemeinsames Land Brandenburg voranbringen. Wir alle haben in diesem Plenum eine Verantwortung dafür. Letzten Endes haben sich Vertreter aller Fraktionen mehr oder weniger zu diesem Flughafenstandort bekannt. Bitte stellen Sie ihn nicht länger infrage und lassen Sie uns gemeinsam an diesem großen Werk weiterarbeiten! Lassen Sie uns die Fragen, die gestellt werden müssen, dort stellen, wo sie vernünftigerweise gestellt werden können - so wie morgen im Hauptausschuss! - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, es gibt zwei Kurzinterventionen. Als Erster bitte Herr Goetz.

Goetz (FDP):*

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Kollege Holzschuher, Sie haben erklärt, der Antrag der CDU sei darauf ausgerichtet, dem Flughafen und dem Land zu schaden. Ich danke Ihnen für diese Aussage. Sie haben wörtlich gesagt, er sei darauf ausgerichtet, dem Flughafen und damit dem Land zu schaden.

(Holzschuher [SPD]: Nicht der Antrag!)

Ich danke Ihnen für diese Aussage, weil Sie damit all Ihre Irrtümer in Kurzfassung zusammengefasst haben.

(Beifall CDU und vereinzelt bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihrer Aussage liegen zwei Irrtümer zugrunde: Erstens gehen Sie davon aus, dass die Interessen von Land und Flughafen identisch seien. Wenn dem so wäre, wieso müsste dann das Land versuchen, den Lärmschutz, den das Land verordnet hat und den der Flughafen über Jahre gezielt ignoriert hat, gegen den Flughafen durchzusetzen?

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Zweitens steht dahinter - Sie haben es noch einmal gesagt -: Der Erfolg rechtfertigt die Mittel. Sie haben den Erfolg beschworen. Es stellt sich natürlich die Frage, ob der Erfolg wirklich jedes Mittel rechtfertigt und ob auch die Trickereien und Täuschungen der Flughafengesellschaft über viele, viele Jahre erlaubt sind, weil sie dem Flughafen und damit am Ende auch dem Land nützen. Genau das ist der Vortrag, den Sie gehalten haben.

Ich erinnere daran: Der Planfeststellungsbeschluss sagt: weniger als einmal pro Tag 55 Dezibel in Räumen. Nun kann man darüber streiten, ob weniger als einmal einmal ist oder 0,49 Mal. Auf keinen Fall ist weniger als einmal fünf Mal oder sechs Mal. Wenn die Flughafengesellschaft den Menschen minderwertigen Schallschutz einbaut und das mit der Erklärung kombiniert - natürlich ohne dies zu sagen -, dass sie mit dem minderwertigen Schallschutz auf sämtliche weiteren Ansprüche verzichten, dann ist das eine hinterhältige, fiese Tour, für die das Land, durch den Ministerpräsidenten im Aufsichtsrat vertreten, Verantwortung trägt.

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Man sagt immer, in der Liebe und im Krieg sei jedes Mittel erlaubt. Beim Flughafen, Kollege Holzschuher, ist das eben nicht so. Es gibt eine Reihe von Branchen, bei denen man das vermutet. Von Gebrauchtwarenhändlern sagt man, manchmal sei der eine oder andere darunter, bei dem das, was er tut, vielleicht nicht ganz so in Ordnung sei, um sein Auto besser zu verkaufen. Von Bankern sagt man, sie verkauften Wertpapiere, die vielleicht nicht ganz so werthaltig sind. Bei Hütchenspielern soll es vorkommen, dass der eine oder andere aus der Gilde die Erbse woanders hinlegt, als sie liegen sollte. Aber doch, bitte schön, nicht beim Flughafen, der zu 100 % Prozent in öffentlicher Hand ist!

(Beifall FDP und CDU)

Im Vergleich zu dem, was beim Thema Lärmschutz von der Flughafengesellschaft veranstaltet wird, ist jeder Hütchenspieler ein hohes moralisches Vorbild, Kollege Holzschuher. Darauf müssen wir hinweisen.

(Beifall FDP und CDU)

Natürlich ist der Antrag der CDU auch ein Stück weit Provokation, das ist überhaupt keine Frage. Das ist aber auch in Ordnung. Was Sie in Ihrer „Wagenburgmentalität“ versäumt haben, ist, die Chance zu erkennen, die diese Provokation, die

dieser Antrag bietet und die Sie in dieser Sitzung gehabt hätten. Wenn Sie diese Chance vertan haben - vielleicht nutzt sie der Ministerpräsident; er spricht ja noch. Wir sind alle gespannt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Fritsch:

Herr Genilke setzt mit der zweiten Kurzintervention fort.

Genilke (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Holzschuher, ich dachte, Ihre nichts-sagenden Pressemitteilungen der letzten Tage könne man nicht toppen. Ihre Rede hat es leider geschafft.

(Beifall CDU)

Sie haben mit Ihrer heutigen Rede bewiesen, dass Sie über diesen Flughafen so gut wie nichts wissen - ich werde es auch beweisen -, und das macht mir, ehrlich gesagt, Angst.

(Vereinzelt Beifall)

Sie haben gerade gefragt, woher wir wüssten, dass der Flughafen mehr koste. Das will ich Ihnen sagen: weil der Aufsichtsrat beschlossen hat, ganze 5 Millionen Euro für Schadenersatzforderungen einzustellen. Heute können Sie in der Presse gern nachlesen: Allein Air Berlin wird 5 Millionen Euro pro Monat in Rechnung stellen. - Dann kommen Sie mit Ihrer Redewendung daher und sagen, was wir jetzt beschließen, werde auf jeden Fall reichen. Ich sage Ihnen jetzt schon: Das wird nicht funktionieren.

(Beifall CDU)

Sie haben uns vorgeworfen, wir würden mit Dreck werfen. Ich muss Ihnen sagen: Es ist Ihr eigener Dreck, in den Sie sich bis zum Hals eingegraben haben, und daran ist nicht die Opposition schuld, sondern die handelnden Personen, und das, denke ich, muss an dieser Stelle gesagt werden.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Ich sage Ihnen noch etwas: Er wird auch mehr kosten, weil wir uns - Herr Dombrowski sagte es bereits - gerade mit den Regelungen für Behinderte nicht zufrieden geben können. Es kann doch nicht ernsthaft so ausgelegt sein, dass sich die Behinderten im Falle eines Brandes darum kümmern müssen, wo dieser Bereich ist, von dem sie eventuell ein Feuerwehrmann abholt. Das kann doch nicht für den modernsten Flughafen, den Sie hier proklamieren, ernsthaft die Leitlinie sein, mit der wir an den Start gehen wollen.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Ich sage Ihnen außerdem - da Sie meinten, wir dürften nicht aufklären, denn das sei sofort auf der Linie, dass wir etwas schlechtreden -: Wir als Opposition sind dafür da, und wir haben uns sehr große Mühe gegeben, Ihnen die Fragen zu stellen, die nötig sind, um Einblick zu erlangen. Wir bekommen auf die Frage, ob dieser Flughafen noch liquide ist, die Antwort: Ja,

wir haben liquide Mittel zwischen 40 und 100 Millionen Euro. - Jeder Buchhalter in jedem Unternehmen sagt mir das mittlerweile nach einem Knopfdruck. Sie drücken sich vor der Wahrheit, und da machen wir nicht mit. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Herr Holzschuher, möchten Sie erwidern?

(Holzschuher [SPD]: Danke!)

Präsident Fritsch:

Damit setzen wir mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Der Abgeordnete Büttner spricht zu uns.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ganz genau so, wie ich es erwartet habe. Jeder hat hier seine einstudierte Rolle: die einen, die alles durch eine rosarote Brille sehen und eigentlich überhaupt keine Probleme am Flughafen erkennen, und die anderen, die alles, was an Tickermeldungen durch die Landschaft zieht und was wir erleben, in den Kontext eines Skandals stellen. Ich denke, es wird Zeit, dass einige Dinge in dieser Diskussion wieder versachlicht werden. Auch das fehlt mir bisher in dieser Debatte, und dazu haben Sie, Kollege Holzschuher, beträchtlich beigetragen. Wir müssen die Dinge wieder in einen richtigen Kontext schieben, damit wir wissen: Worüber sprechen wir eigentlich noch, und welche fachlichen Diskussionen wollen wir über diesen Flughafen noch führen?

Ich möchte an dieser Stelle mit etwas ganz anderem beginnen: Ich möchte einen Dank an alle diejenigen aussprechen, die jeden Morgen, wenn sie ihre Hauszeitung aufschlagen, lesen, was an diesem Flughafen alles schief läuft, aber sich dann doch anziehen, sich auf den Weg zur Flughafenbaustelle machen und dort versuchen, dieses größte Infrastrukturprojekt Deutschlands nach vorn und auf den Weg zu bringen, damit es irgendwann fertiggestellt wird. Das sind nämlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Flughafengesellschaft und der Subunternehmen, die dort arbeiten.

(Beifall CDU)

Wenn Sie jeden Morgen lesen müssen, wie schlecht ihre Arbeit eigentlich sei, dann ist das schlichtweg nur noch demotivierend. Ich möchte hier keine Diskussion anzetteln, aber doch einiges zu dem sagen, wovon Sie in den vergangenen Tagen und Wochen immer wieder gehört haben.

(Frau Melior [SPD]: Da hat er Recht!)

1994 - ich bin der Meinung, dass Historiker das irgendwann einmal bewerten sollten, aber bitte - haben sich die damalige Landesregierung, bestehend aus SPD, Bündnis 90 und FDP, sowie nach meinem Kenntnisstand - Sie können mich korrigieren - auch die anderen im Landtag vertretenen Parteien für den Standort Sperenberg ausgesprochen. Wir wollten diesen Standort haben, weil wir wussten, dass Schönefeld der falsche Standort ist. Aber es gibt eben mehrere Player in diesem Spiel,

und es waren damals der Bund - unter Bundeskanzler Helmut Kohl und der CDU/FDP-Regierung - sowie insbesondere der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, die den Flughafen Schönefeld durchgesetzt haben.

(Bischoff [SPD]: Ja, so ist es!)

Nun haben wir diesen Flughafen hier, und ich sage an dieser Stelle ganz klar: Der Bund und das Land Berlin dürfen sich an dieser Stelle nicht aus ihrer Verantwortung ziehen; das werden Sie sicherlich auch nicht tun. Sie haben mitentschieden, insbesondere, dass Sie diesen Standort haben wollten.

(Beifall CDU)

Jetzt müssen wir mit dieser Situation leben. Wir werden den Flughafen nicht unter einen Cargolifter hängen und nach Sperenberg transportieren können. Das heißt, wir werden diesen Flughafen an dieser Stelle zum Erfolg bringen müssen. Es wird mehrere Ausbaustufen geben. Deshalb habe ich einige Debatten in den letzten Wochen und Monaten überhaupt nicht verstanden: Die einen wollen für alle Ewigkeit ausschließen, dass es eine dritte Start- und Landebahn gibt. Die anderen sagen: Wir brauchen sofort eine dritte Start- und Landebahn.

Es ist auch interessant, dass - vermeintliche - Experten noch vor einigen Monaten gesagt haben, dieser Flughafen sei völlig überdimensioniert, während sie jetzt, wenige Monate später, behaupten, er sei viel zu klein. Wo, in welchem Land leben wir eigentlich, wenn wir uns über wirtschaftliche Prosperität nicht mehr freuen, auch darüber, dass ein Flughafen wächst und wirtschaftlichen Erfolg in unser Land bringt? Das verstehe ich nicht. Eine solche Haltung zeichnet sich nicht durch Verantwortung für das Land aus.

(Beifall CDU)

Kommen wir jedoch zu den einzelnen Themengebieten, die Anlass waren, diese Sondersitzung des Landtages zu beantragen. Am 14. August wurde im „Stern“ ein Artikel veröffentlicht unter der Überschrift „Islamist kontrolliert Zugang zur Flughafenbaustelle“, und alle haben sich auf diesen Gefährder, diesen Islamisten konzentriert. Ich komme gleich darauf zurück, möchte aber vorher noch eines sagen: Wissen Sie, was mich viel mehr ärgert? Die sind dort illegal beschäftigt gewesen. Darüber diskutiert überhaupt keiner. Ich denke, das wäre ein Punkt, über den wir nochmals diskutieren sollten. Wie kann es sein, dass es an diesem Flughafen illegale Beschäftigung gibt?

(Beifall CDU)

Aber kommen wir zurück zur Sicherheit. Die Tatsachen: Am 20. Juli wurde dieser Mensch als Gefährder eingestuft. Er wurde dann am 30. Juli eingestellt und bereits drei Tage später entlassen. - Ja, das kann man kritisieren und sagen, so hundertprozentig ist das nicht gelaufen, eigentlich hätte er gar nicht eingestellt werden müssen. Aber die PKK - und damit Teile des Parlaments - wurde bereits am 7. August über diesen Sachverhalt informiert. Ich bin sicher, dass der Innenminister dazu heute ebenfalls noch etwas sagen wird. Vielleicht kann er noch zur Erkenntnisaufhellung beitragen. Im Hauptausschuss wird das morgen sicherlich auch noch einmal Thema sein. Der Innenausschuss hat darüber letzte Woche beraten, und ich würde

mich, ehrlich gesagt, nicht wundern, wenn dies in der nächsten Woche - in den mehreren Stunden, in denen wir dann wieder zum Flughafen diskutieren werden - noch einmal Thema sein wird.

Der Gefährder war aber nicht in dem Zugangsgesicherten Bereich der Baustelle eingesetzt und damit nicht im zukünftigen BER-Luftsicherheitsbereich. Verstehen Sie mich nicht falsch, meine Damen und Herren: Ich will die Situation überhaupt nicht herunterspielen, vor allem nicht vor dem Hintergrund meiner eigenen beruflichen Erfahrungen. Aber lassen Sie uns doch bitte keine Szenarien an die Wand malen und damit die Bevölkerung verunsichern, wenn wir nicht einmal die Fakten haben.

(Beifall SPD)

Offensichtlich sind keine sicherheitsrelevanten Daten entwendet worden - das ist der gegenwärtige Kenntnisstand - und Anschlagpläne sind schon gar nicht festgestellt worden. Man kann nur sagen: Alles in allem haben die Sicherheitsbehörden gut funktioniert. Deswegen sollten wir ihnen an dieser Stelle danken.

(Beifall SPD und CDU)

Kommen wir zum nächsten Punkt, den Terminen: Der neue Chefplaner wird am 14.09. im Aufsichtsrat eine abschließende Einschätzung zum Eröffnungstermin vornehmen. Am 14.09. soll ein definitiv zu haltender Termin benannt werden. Dabei müssen wir feststellen: Der 17.03. ist bisher nicht vom Tisch. Es ist gegenwärtig lediglich nicht möglich, abschließend einzuschätzen, ob er zu halten ist.

Ich sage Ihnen auch meine persönliche Auffassung: Ich glaube nicht, dass der Termin zu halten ist, und bin mir ziemlich sicher, dass ich insoweit mit der weitaus größten Anzahl der hier im Landtag sitzenden 88 Abgeordneten übereinstimme.

Aber wissen Sie, was mich gewundert hat? Da gibt der Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag ein Interview und sagt, der 17. März sei nicht zu halten. Darüber habe ich mich erst einmal geärgert und mich gefragt: Wie kann es sein, dass der Vorsitzende des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages über den Äther sagt, der 17.03. sei nicht zu halten, und wir erfahren das nicht? Darüber war ich verärgert. Ich habe mich dann ins Auto gesetzt und „InfoRadio“ eingeschaltet. Dort habe ich den Kollegen aus dem Deutschen Bundestag gehört und mir aufgeschrieben, was er gesagt hat - natürlich, nachdem ich angehalten hatte:

„Nach meiner Erkenntnis ist der Termin 17. März nicht sicher zu halten.“

Wow! Das ist mal eine Aussage. Das ist ja eine neue Erkenntnis! Die hatten wir aber schon alle, dafür brauchten wir das Interview nicht. Aber es hat natürlich sofort eine Aufregung über diese Meldung gegeben, die eigentlich überhaupt keine Meldung war. Wo bleibt denn die Vernunft in dieser ganzen Debatte, meine Damen und Herren?

(Beifall CDU und SPD)

Das Problem ist: Es geht doch gar nicht mehr um die Fertigstel-

lung von Bauelementen. Es geht um Fragen der Verkabelung und des Einsatzes der Software im Kontext der Entrauchungsanlage. Und wissen Sie was? Diese Entrauchungsanlage ist ein schönes Beispiel für Versagen - auch für das Versagen des Aufsichtsrates. Auch der Aufsichtsrat hat komplett versagt, und da holen uns alte Fehler ein. Es ging doch nie um eine Funktionalität an diesem Flughafen. Es ging doch nie darum: „Baut mir einen funktionalen Flughafen!“ Nein, man hat die Architekten machen lassen und sie viel zu lange arbeiten lassen, ohne sie zu kontrollieren und zu überprüfen. Ich sage Ihnen meine Einschätzung: Am Ende ging es doch nur noch darum, möglichst viele Architekturpreise einzuheimsen. - Das ist einer der Grundfehler in diesem Konstrukt, und heute müssen wir diese Fehlentscheidungen von früher auslöffeln.

Aber auch die Unternehmen in diesem Land brauchen endlich Sicherheit hinsichtlich des Eröffnungstermins - nicht nur die Klein- und Kleinstunternehmen, die am BER tätig werden wollen, sondern auch alle anderen Unternehmen, insbesondere die Logistikbranche, die in diesem Land stark wächst. Das sind doch unsere Partner in diesem Land, die am Ende dafür sorgen, dass sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir sind es den Unternehmern in diesem Land auch schuldig, Planbarkeit zu gewährleisten. Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gesunde wirtschaftliche Zukunft.

Herr Ministerpräsident, ich erwarte, dass im Aufsichtsrat am 14.09. klar festgelegt wird: Es gibt einen definitiv zu haltenden Termin, der nicht mehr verschoben wird. - Das ist Ihre Verantwortung, auch im Aufsichtsrat.

(Görke [DIE LINKE]: Das wissen Sie, wir nicht!)

Kommen wir zu dem Bereich der Finanzen. Sie haben heute bereits mehrfach gehört, dass wir nach gegenwärtigen Schätzungen einen zusätzlichen Bedarf von 1,17 Milliarden Euro haben. So etwas kann sich aber auch ändern.

Lassen Sie uns das doch einmal in den Kontext des Landeshaushaltes stellen. Das sind mehr als 10 % des gesamten Landeshaushalts des Landes Brandenburg - nur, damit man eine Vorstellung davon hat, über wie viel Geld wir hier eigentlich sprechen. Nun soll bis zum 14.09.2012 festgestellt werden, wie der zusätzliche Kapitalbedarf realisiert werden kann und wie das gestaltet werden muss, damit das unabdingbar notwendige Notifizierungsverfahren der Europäischen Union positiv verläuft.

Dazu haben wir grundsätzlich drei Möglichkeiten; zu der Ausgestaltung kommen wir gleich. Wir haben das Gesellschafterdarlehen, die Kapitalerhöhung - diese ist hinsichtlich des Notifizierungsverfahrens natürlich das schwierigste Verfahren - und die Bankenfinanzierung. Wir wissen aus der Antwort auf eine Anfrage der CDU-Fraktion, dass Letztere nicht mehr machbar ist. Die Bankenfinanzierung scheidet also aus. Deshalb wird momentan vorrangig das Gesellschafterdarlehen geprüft. Hierbei muss jedoch sichergestellt werden, dass es auch zu marktüblichen Zinsen ausgereicht wird; denn wenn das nicht der Fall ist, dann gilt diese Finanzierung als nicht genehmigbare Beihilfe.

(Görke [DIE LINKE]: Richtig!)

- Es ist schön, Herr Kollege Görke, wenn Sie das wissen; es hilft ja nichts, ich muss es trotzdem sagen.

Und dann prüft die EK zusätzlich, ob die Tilgung und der Zinsdienst durch die Geschäftstätigkeit des Unternehmens sichergestellt sind. Ist das nicht der Fall, gilt die Finanzierung als nicht genehmigbare Beihilfe. Das heißt, es muss der Grundsatz gelten: Es darf der FBB GmbH kein Zinsvorteil entstehen. Eine Eigenkapitalzufuhr ist immer eine Beihilfe. Bei einem Darlehen entscheidet der Zinssatz, ob es als Beihilfe einzuordnen ist.

Aber wir haben ein Verfahren. Es gibt doch eine Vereinbarung: Der Bund kümmert sich um das Notifizierungsverfahren, und die Länder arbeiten lediglich zu. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass der Bund eine Pränotifizierung anstrebt. Das schafft Planungssicherheit und lässt die Risiken besser einschätzen. Zudem haben wir bereits - ich denke, es ist wichtig, das noch einmal zu erwähnen; wenn Sie es wissen, Herr Kollege Görke, brauchen Sie ja nicht zuzuhören - eine Notifizierung für den bislang veranschlagten Kapitalbedarf durchgeführt, sodass das Verfahren jetzt keine zweite Notifizierung ist, sondern lediglich eine Ergänzung dieses Verfahrens. Ich denke im Übrigen, an der Notifizierung wird es definitiv nicht scheitern. Ich will Ihnen auch sagen: Ich bin heilfroh, dass es die Europäische Union gibt. Denn ich weiß nicht, welchen ordnungspolitischen Unfug wir in diesem Land ohne das Notifizierungsverfahren noch erleben würden.

(Beifall FDP und GRÜNE/B90)

In diesem Zusammenhang will ich auch etwas zu der in den Raum gestellten Patronatserklärung sagen. Vielleicht muss ich den Begriff noch einmal erklären: Eine Patronatserklärung ist ein Sammelbegriff für in Inhalt und Umfang nicht normierte schuldrechtliche Erklärungen im Gesellschaftsrecht, wonach ein Unternehmen oder ein Patron, eine kommunale Gebietskörperschaft dafür sorgen will, dass eine kreditnehmende Tochtergesellschaft ihre Kreditverpflichtungen erfüllt.

Aber eines muss man auch wissen: Patronatserklärungen einer staatlichen Einrichtung werden in ihrer rechtlichen Tragweite bezüglich EU-Beihilferecht mit einer Ausfallbürgschaft gleichgesetzt. Deshalb entfalten sie die gleiche Wirkung hinsichtlich der grundsätzlichen Notifizierungspflicht nach dem Recht der Europäischen Union. Das heißt im Ergebnis: Eine Patronatserklärung ändert im Hinblick auf die Notifizierung überhaupt nichts. Sie macht aber das Verfahren deutlich komplexer, da es für Patronatserklärungen keinen systematischen Rahmen gibt. Es handelt sich um eine der jeweiligen Situationen angepasste Erklärung einer Holding gegenüber der Tochtergesellschaft, für die es unzählige Möglichkeiten und Verfahren gibt. Deshalb sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Ich halte vor diesem Hintergrund von einer Patronatserklärung nicht viel. Ich glaube nicht, dass uns das weiterführt.

Wenn man jetzt aber auch noch die Forderung nach einer Patronatserklärung in den Kontext der Behauptung stellt, dass durch den zusätzlichen Kapitalbedarf das Budgetrecht des Landtages umgangen werde, dann halte ich das zumindest für abwegig, da jeder zusätzliche potenzielle Kapitalbedarf für den BER in den aktuellen Haushaltsplan für 2013/2014 eingestellt ist - es geht weiter; regen Sie sich nicht gleich auf -, und über diesen entscheiden wir erst.

Im Übrigen ist das in Berlin nicht der Fall. Das heißt, der Vorwurf wäre für Berlin gerechtfertigt; wenn wir den Haushalt be-

reits beschlossen hätten, dann wäre er auch für uns gerechtfertigt. Es gibt hier also überhaupt keinen Bedarf an einer nachträglichen Patronatserklärung in der Art eines Nachtragshaushaltes, sondern lediglich die Sicherstellung, dass der Doppelhaushalt 2013/2014 die entsprechenden Beträge enthält, und das muss nach dem 14.09.2012 im Lichte der Aufsichtsratssitzung geklärt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich habe Ihren Antrag sehr intensiv gelesen, und ich verstehe auch, was Sie wollen. Das mag man bewerten, wie man will. Ob das toll ist oder nicht, dazu habe ich meine persönliche Auffassung. Aber Ihr Antrag geht schlichtweg nicht, weil wir eine Reihe von Gesetzen ändern müssten, deren Regelungszuständigkeit wir überhaupt nicht haben. Deswegen, Herr Kollege Vogel, müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

Was aber viel schlimmer ist bei dieser ganzen Frage der Finanzierung, ist die der möglicherweise bevorstehenden Illiquidität der Flughafengesellschaft. Die Folgen der Verunsicherung, die in der Berichterstattung momentan dazu deutlich wird, kennt doch jeder Kaufmann und jeder Wirtschaftspolitiker: Eine Reihe von Unternehmen stellen vorfristig Rechnungen bzw. verlangen früher Abschläge, da sie Angst vor einem Konkurs der FBB haben. Damit kommen wir in den Bereich der self-fulfilling prophecy: wenn nämlich alle ihre Rechnungen früher stellen und ihre Abschläge früher verlangen. Dann ist eine herbeigeredete Illiquidität am Ende tatsächlich eine Illiquidität der Gesellschaft. Das müssen wir verhindern, das ist die Verantwortung, die wir für das Land haben.

(Beifall SPD und des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Kommen wir zu dem - das gebe ich zu - mit Sicherheit kompliziertesten, emotionalsten und schwierigsten Thema, dem Schallschutz. Brandenburg hat sich dabei im Aufsichtsrat durchgesetzt, das muss man auch mal anerkennen.

(Beifall SPD)

Ich habe Politik nie so verstanden, dass man auf den einen einprügelt, weil man in der Opposition ist, und dem anderen Recht gibt, weil man in der Regierung ist. Es gibt genügend Punkte, in denen wir einiges an den jeweiligen Regierungskonstellationen zu kritisieren haben. Ich meine aber, man muss auch einmal anerkennen, wenn etwas durchgesetzt wurde. Ich weiß, dass das auch hier im Raum Anwesende anders sehen, aber die FBB nimmt den Klarstellungsantrag zurück, und die Landesregierung nimmt die Klage gegen das OVG-Urteil zurück. Mit dem Ausführungsschreiben des Ministeriums für Ländliche Entwicklung und Infrastruktur vom 15.08.2012 ist die aktuelle Rechtslage klargestellt. Die Summenhäufigkeit des baulichen Schallschutzes beträgt weniger als 0,5. Das ist der beste Schallschutz, den wir deutschland- und europaweit an einem Flughafen haben.

Ich arbeite nicht mit persönlichen Betroffenheiten, aber ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Ich wohne 250 Meter Luftlinie von dem ehemaligen Flugplatz Groß Dölln entfernt. Das ist eine Rennstrecke. Noch nie hat irgendjemand die Diskussion über 55 Dezibel begonnen. Wir haben den Krach an jedem Wochenende, und ich bin nicht sicher, ob wir nicht irgendwann die Diskussion darüber bekommen, was ist, wenn entlang einer

Straße oder Eisenbahnlinie der gleiche Lärmschutz wie beim BER gefordert wird, und wer diesen bezahlen soll.

(Holzschuher [SPD]: Das fängt ja jetzt an!)

Meine Damen und Herren, politisch ist es ein Erfolg und zu begrüßen. Ich sage Ihnen aber auch - in dem vollen Bewusstsein, dass ich dafür massiv kritisiert werde -: Volkswirtschaftlich ist das eine Niederlage. Unsere Kinder werden uns eines Tages fragen, warum wir uns politische Ruhe erkaufte haben und nicht in der Lage waren, im Wind zu stehen.

Die Kosten für Lärmschutz im Übrigen, die über das gegenwärtige gesetzliche Mindestmaß hinausgehen, sind beihilferelevant. Insofern ist hier noch nicht sicher, ob sich dazu Brüssel nicht auch noch melden wird.

Ich komme zum letzten Punkt meiner Ausführungen, nämlich zum Aufsichtsrat. Ja, der Aufsichtsrat hat gnadenlos versagt - in der gesamten Geschichte dieses Flughafens. Er hat viel zu lange auf vermeintliche Experten gesetzt. Auf diese „Experten“ hat man sich blind verlassen. Man kann aber auch mehr machen in einem Aufsichtsrat. Man kann mehr Informationen einholen. Man kann auf der Baustelle auch unangekündigt vorbeischaun. Man kann mit den Arbeitern reden. Man kann mit Experten reden. Wenn man so eine Problemlage wie am BER hat, muss man doch als Aufsichtsrat ein gewisses Bild der Skepsis entwickeln. Das ist nicht geschehen.

Ich möchte aber auch sagen: Das ging überhaupt nicht, weil ein Ministerpräsident im Aufsichtsrat so eines Unternehmens schlichtweg überfordert ist. Das funktioniert nicht, da hat er ganz andere Aufgaben. Deswegen bleibt hier die Frage im Raum stehen, wie Aufsichtsräte grundsätzlich besetzt sein sollen. Eines ist klar - und das zieht sich durch bis auf die kommunale Ebene -: nicht ausschließlich mit Politikern. In Aufsichtsräte gehören Fachleute, die etwas von ihrer Arbeit verstehen. Das kann ein Ministerpräsident nicht. Das kann im Übrigen auch ein Regierender Bürgermeister nicht, schon gar nicht in der Funktion des Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Das heißt: Die Frage nach der Besetzung des Aufsichtsrates muss unmittelbar nach der Eröffnung des Flughafens gestellt werden.

Denjenigen, die jetzt so tun - ich will das hier auch deutlich sagen -, alles sei gut, wenn der Aufsichtsrat gehe, kann ich nur sagen: Vorsicht! Was ändert sich dann? Dann ändert sich, dass ein neuer Aufsichtsrat sich einarbeiten muss. Dann dauert es gegebenenfalls noch länger bis zu einer Eröffnung. Vor allem möchte ich Ihnen sagen: Diejenigen, die uns die Suppe eingebrockt haben, sollen die Suppe gefälligst auch auslöffeln. Deshalb glaube ich, dass es ausreicht, wenn wir die Frage nach der Besetzung des Aufsichtsrates nach der Eröffnung des Flughafens stellen.

Meine Damen und Herren, wir reden hier über das größte Infrastrukturprojekt Deutschlands. Wir reden davon, dass dieser Flughafen notwendig für die Zukunft unseres Landes, für die Zukunft der Metropolregion Brandenburg-Berlin ist. Wir Liberale wollen wirtschaftliche Prosperität für diese Region. Deswegen wollen wir, dass dieses Projekt so schnell wie möglich fertiggestellt und zum Erfolg geführt wird. Da ist es - ich benutze einen Ausdruck, den ich schon öfter gehört habe und der auch hier absolut passend ist - staatspolitische Verantwortung aller im Landtag vertretenen Parteien, dazu beizutragen, dass dieser Flughafen eröffnet und zur wirtschaftlichen Prosperität

geführt wird.

(Beifall FDP, SPD und DIE LINKE)

Was helfen uns diese populistischen Debatten, die wir hier die ganze Zeit führen? Das ist doch Unsinn! Ja, wir werden nächste Woche wieder dreieinhalb Stunden über den Flughafen diskutieren. Das ist in Ordnung, eben weil es das wichtigste Infrastrukturprojekt ist. Aber bitte lassen Sie uns die Diskussion doch fach- und sachgerecht führen

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

und nicht in einer Art und Weise, wie wir sie gegenwärtig - Kollege Bischoff, ich sage das, da Sie jetzt klatschen - von beiden Seiten führen.

(Bischoff [SPD]: Richtig: von beiden Seiten!)

Ich sage Ihnen: Für heute schließt sich die Bühne, zumindest was meine Rolle angeht. Wir werden nächste Woche den nächsten Akt erleben.

Ich sage Ihnen noch eines: Neue Erkenntnisse habe ich nicht mitgenommen.

(Frau Stark [SPD]: Nein!)

Ich gehe auch nicht davon aus, dass ich nächste Woche neue Erkenntnisse gewinnen werde. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der Linksfraktion fort. Der Abgeordnete Görke spricht zu uns.

Görke (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Büttner, vielen Dank für die in sehr großen Teilen sehr sachliche Aussprache zu diesem Thema. Ich glaube, jeder hat gesehen, dass die Art und Weise, wie die CDU-Fraktion hier Politik betreibt, eher Fundamentalopposition ist und nicht eine konstruktive Opposition, wie man sie eigentlich erwarten müsste.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Herr Kollege Dombrowski, zum Stichwort Generalsekretär: Ich nehme einmal den Generalsekretär der Berliner CDU. Er wird zitiert mit den Worten:

„Auch wenn es nichts zu beschönigen gibt, empfehle ich jedem, Maß und Nerven zu bewahren.“

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, Maß und Nerven bewahren - treffender kann man es in die Richtung der CDU-Fraktion nach diesem Beitrag wohl nicht formulieren. Sie haben nicht nur dies beides verloren, sondern wahrscheinlich auch aus Ihrem Gedächtnis das eine oder andere, was Sie hier in der letzten Zeit gesagt haben. Ich will gar nicht so weit ausholen - damit Sie noch folgen können.

Wissen Sie wenigstens noch, Herr Dombrowski, was Sie und Ihre Fraktion im Verlauf des letzten Jahres hier alles gefordert haben? Eine Lärmrente auf der Grundlage des sogenannten Klarstellungsantrages, sechsmal Überschreitung des Lärmschutzziels, eine dritte Start- und Landebahn, einen weiteren Flughafenstandort in Brandenburg, mehr Flugverkehr. Den Lärmschutz für immer mehr Betroffene bezahlen Sie dann wahrscheinlich aus den imaginären Gewinnen des Zuwachses im Flugverkehr. Das sind nur einige Dinge, die Sie hier in Anträge geschrieben haben. Die Pirouetten, die Sie außerdem noch in öffentlichen Äußerungen gedreht haben, erspare ich mir. Aber ich könnte noch ein paar zitieren, wenn Sie möchten.

Auch die Aussagen der CDU im Bund und in Berlin - in ihren Wahlprogrammen und in Koalitionsvereinbarungen - sind deutlich. Da steht: „Beseitigung von Beschränkungen für den Luftverkehr“ und „Lärmschutz im Rahmen der Wirtschaftlichkeit“. Nein, wir als Linke bleiben dabei: Wir bauen keinen neuen Flughafen. Wir bauen keine neue Startbahn. Anders als Sie wollen wir keine weiteren Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger - nicht in Schönefeld, auch nicht in Sperenberg. Der beste Lärmschutz ist gegeben, wenn Lärm gar nicht entsteht.

Sie, die CDU, haben die Landesregierung dafür gescholten, dass sie finanzielle Vorsorge für den Lärmschutz trifft, und reden im nächsten Atemzug von „Billiglärmschutz“, von dem die Landesregierung die Flughafengesellschaft endlich abbringen müsse. Das ist der Punkt und eigentlich der Gipfel der Heuchelei. Alle Spatzen pfeifen es von den Dächern. Wenn Sie wieder einmal zu Ihrer Lieblingswaffe der Akteneinsicht greifen, werden Sie es nachlesen können - falls Sie es in den Medien noch nicht mitbekommen haben -: Diese brandenburgische Landesregierung, dieser Ministerpräsident, dieser Finanzminister und dieser Wirtschaftsminister haben sich gegenüber den anderen Gesellschaftern vehement für die Rücknahme des sogenannten Klarstellungsantrages eingesetzt und hatten letztendlich Erfolg.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Senftleben [CDU]: Wann?)

Der Bürgermeister von Blankenfelde-Mahlow, Ortwin Baier, hat sich bei meiner Kollegin Kornelia Wehlan, bei der Fraktion und natürlich auch bei der Linken bedankt. Mit Verlaub, Herr Genilke, authentischer und glaubwürdiger ist das allemal als Ihr Beitrag vorhin. Woher nehmen Sie eigentlich die Unverfrorenheit, selbst dann noch solche hanebüchenen Vorwürfe zu konstruieren?

Genauso konstruiert wie diese Vorwürfe in der letzten Zeit ist diese heutige Sondersitzung. Die gibt es nicht, weil sie in der Sache geboten wäre, sondern weil Sie um jeden Preis dieses Thema hier skandalisieren wollen. Es gab in Brandenburg noch nie so viel Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit wie unter dieser Landesregierung und noch nie ein solches Maß an Rechten und Chancengleichheit für die Opposition.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich finde das - wir finden das - im Interesse der Demokratie gut. Unsere Erfahrungen mit der CDU - Herr Dombrowski, in Ihrer Regierungszeit - waren ganz andere.

(Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Es ist ein bisschen schade, dass FDP und Grüne den Unterschied aus eigenem Erleben nicht kennen.

Was Sie von der CDU hier mittlerweile veranstalten, hat - ich sagte es vorhin - nichts mit konstruktiver Opposition zu tun. Es ist doch im Grunde nur noch mit Kopfschütteln zu quittieren: Der Vertreter Ihrer Fraktion fehlt in der PKK-Sitzung.

(Frau Stark [SPD]: Ja!)

Sie bauen sich daraus taktische Spielchen zusammen, um diese Sondersitzung des Landtages „auf das Trapez zu holen“. Sie wollen den Rundumschlag als Selbstzweck und wissen - da gebe ich meinem Kollegen Büttner Recht -, dass wir in der Sache heute nicht weiterkommen. Nach der Aufsichtsratssitzung in der letzten Woche ringen Sie sich zu einem „gewissen Verständnis“ - Herr Kollege Dombrowski - dafür durch, dass der neue Technikchef des Flughafens noch keine endgültige bauliche und technische Einschätzung gewinnen konnte und deshalb auch noch kein Okay zu dem Eröffnungstermin geben kann. Im gleichen Atemzug verlangen Sie aber vom Ministerpräsidenten die Bestätigung des Eröffnungstermins. Herr Kollege Dombrowski, das ist Kreisklasse. Das ist zweite Kreisklasse und nicht Bundesliga, in der Sie spielen wollen.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE und SPD)

Meine Damen und Herren, wir hatten mit der Absage des Eröffnungstermins am 3. Juni 2012 eine Zäsur beim BBI/BER. Es war aber nicht die erste Zäsur in den letzten 15 Jahren. Der Ministerpräsident hat sich für die Regierung in einer Sondersitzung vor einigen Wochen sehr deutlich erklärt. Er hat Veränderungsbedarf deutlich gemacht, und die Veränderungen sind eingeleitet worden: personell, finanziell und - was uns allen besonders wichtig ist - bei der Umsetzung des Schallschutzes.

Mit der Rücknahme des sogenannten Klarstellungsantrages gegenüber der Planfeststellungsbehörde durch das Votum des Aufsichtsrates und die Aufforderung an die Gesellschafter in der letzten Woche ist der entscheidende Schritt getan worden. Es ist gelungen, in dieser Frage endlich den Weg aus der Sackgasse zu finden. Der maßgebliche Einsatz dieser Landesregierung hat dazu geführt, dass dieses überflüssige Verfahren endlich aus der Welt geschafft ist.

(Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Die so bereits praktizierte Auffassung der FBB, sechsmal am Tag den Grenzwert von 55 dB zu überschreiten, ist endlich vom Tisch. Die Linke hat dieses Herangehen von Anfang an kritisiert. Wir hatten kein Verständnis für diese Aktivitäten vor allen Dingen auch der Geschäftsführung gehabt. Wir haben das für einen Fehler gehalten, der nun korrigiert worden ist. Wir setzen jetzt darauf, dass dies eine reale Basis ist, um den Lärmschutz zügig umzusetzen und Klarheit für die nächsten Schritte zu schaffen.

Von der Flughafengesellschaft erwartet die Linke, was längst überfällig ist: schnelle und unbürokratische Kommunikation mit den Betroffenen, freundliche und bürgernahe Beratung. Das ist nicht nur das Gebot der Stunde, nein, gute Nachbarschaft mit den Flughafenanrainern ist inzwischen auch zur Existenzbedingung dieses Flughafens geworden.

Ich weiß, dass die Lärmschutzwerte, die hier diskutiert werden, für Außenstehende schwer verständlich sind. Aber eines ist doch verständlich: Wir hatten zu befürchten, dass den betroffe-

nen Anwohnern zugemutet wird, durchschnittlich bis zu sechsmal am Tag in ihrer Wohnung ein bestimmtes Maß an Lärm hinnehmen zu müssen. Das ist an den meisten deutschen Flughäfen das übliche Maß. Wir hatten und haben auf der anderen Seite ein Spektrum an Interpretationen zwischen durchschnittlich weniger als weniger 0,49 oder 0,5 und niemals. Jeder weiß: Es gibt kein Vielfaches von null, aber doch einen nachvollziehbaren Unterschied zwischen null und sechs. Die „Nuss“ von sechsmal hat Brandenburg geknackt. Das ist ein realer Erfolg, an den nicht alle geglaubt haben, aber er ist jetzt da.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Ich darf Sie daran erinnern, Herr Kollege Burkardt, dass Sie noch vor wenigen Tagen die Konsequenz der Landesregierung bei der Einstellung der Haushaltsmittel für die Nullmal-Überschreitung des Tagesschutzziels laut OVG-Beschluss massiv kritisiert haben. Heute wissen wir, dass letztendlich genau dieses Handeln dieser Landesregierung auch für den notwendigen Druck auf die beiden anderen Gesellschafter Berlin und den Bund gesorgt hat. Neben dem Bund und Berlin - was übrigens immer auch CDU bedeutet - haben wir es noch mit Mathematik, Physik und mit Prognosen zu tun, die zehn Jahre in die Zukunft reichen sollen. Die Prognosen sagen: Rechnerisch kann man nicht bei dem ankommen, was der normale Menschenverstand unter null versteht.

Schlussendlich wird diese Landesregierung am Wort des Ministers Vogelsänger gemessen, der am vergangenen Freitag öffentlich artikuliert hat, dass die unabhängige behördliche Berechnungsgrundlage für 0,49-mal keine „Lex Brandenburg“ ist. Das ist die Berechnungsgrundlage für alle großen Verkehrsprojekte in Deutschland. Der Anwohneranwalt hat Prüfung angekündigt und rechtliche Schritte nicht ausgeschlossen. Das ist die aktuelle Situation beim Schallschutz. Dafür, Herr Kollege Dombrowski, hätte es dieser Sondersitzung nicht bedurft.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Der Kollege Büttner und der Kollege Holzschuher haben zur finanziellen Breite dieses Themas alles gesagt. Deshalb möchte ich nur noch betonen: Wir werden dieses Projekt zu Ende bringen, und zwar solide finanziert. Dafür hat der Aufsichtsrat einen Rahmen abgesteckt und erste Finanzierungswege analysiert, die jetzt im Detail dargestellt werden. Die Brandenburger Landesregierung hat die nötige Vorsorge im Haushaltsentwurf getroffen.

Herr Dombrowski, wo ist jetzt der Widerspruch? Möchten Sie mit den Stimmen aus Ihrer Bundespartei - Herr Kollege Büttner, die Stimmen gibt es natürlich auch bei Ihnen in der FDP;

(Bischoff [SPD]: Oh ja!)

auch die Kurzintervention des Kollegen Goetz, die eigentlich gar keine Kurzintervention, sondern ein vorbereiteter Redebeitrag war, hat es gezeigt -, dass kein Geld mehr gegeben und damit die Insolvenz herbeigeführt wird? Dann sagen Sie es öffentlich und deutlich.

Ich gebe Ihnen einen guten Tipp: Am Mittwoch in einer Woche,

bei der Lesung des Haushaltes, haben Sie die Möglichkeit zu entscheiden und die Hand zu heben, ob dieses Parlament 220 Millionen Euro für den Schallschutz vorsieht.

Meine Damen und Herren, nichts hat uns in den letzten zwei Jahren so stark beschäftigt wie dieser Flughafen. Aber es gibt in diesem Land auch Menschen, deren Problemen, Fragen und Wünschen wir uns auch zuwenden müssen. Wir haben in diesem Parlament jede Menge Möglichkeiten, uns informieren zu lassen und uns sachlich auszutauschen. Im Infrastrukturausschuss ist der Flughafen nach Beschluss aller Fraktionen ständiger und regulärer Tagesordnungspunkt, und zwar öffentlich.

Aus jedem Anlass eine Sondersitzung des Landtages zu basteln bringt niemanden weiter und hilft keinem betroffenen Bürger. Ja, noch mehr, die Art und Weise - schon der Titel dieser Aktuellen Stunde: „Chaos am Flughafen Willy Brandt gefährdet Sicherheit und Zukunft Brandenburgs“ -, diese Chaoszenerie, dieses dumpfe Draufhauen, das Sie vorhin abgeliefert haben, ohne selbst Antworten zu geben, ist kein gangbares Konzept und lässt eher Politikverdrossenheit wachsen. Anders als Sie vielleicht glauben, macht das wahrscheinlich auch vor Ihrer Fraktion nicht halt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Wir haben wiederum zwei Kurzinterventionen. Herr Genilke noch einmal. Ich weise Sie darauf hin: Das ist jetzt die letzte Kurzintervention, die ich zulasse.

Genilke (CDU):

Herr Präsident! Aber ich muss noch einmal auf das reagieren, was Herr Görke gesagt hat. Er sprach gerade von Politikverdrossenheit. Politikverdrossenheit, Herr Görke, entsteht, wenn man von vornherein ein planfestgestelltes Schallschutzziel systematisch verfehlt. Das habe nicht ich festgestellt, sondern das Oberverwaltungsgericht.

Sie haben gesagt: „Das war ein großer Erfolg.“ Das Schallschutzziel sollte zunächst auf der Grundlage von gar nichts verwirklicht werden, jedenfalls nicht auf der Grundlage einer rechtlichen Regelung: sechsmal Überschreitung. Wenn Sie das auf 0,5 mal zurückfahren, was immer noch nicht dem Planfeststellungsbeschluss entspricht, wird das als Erfolg gewertet. Das können Sie doch nicht ernsthaft behaupten. Das erzeugt Politikverdrossenheit. Im Planfeststellungsbeschluss - zu diesem haben wir uns immer bekannt - steht eindeutig - nullmal Überschreitung von 55 dB im Rauminnern, nicht 0,49.

Wenn in Zukunft Planfeststellungsbeschlüsse auslegbar sind - sowohl vom Ministerpräsidenten als auch von Ihnen -, empfehle ich Ihnen: Nehmen Sie diesen Faktor von 0,49 doch auch einmal bei der Anzahl der Flugbewegungen in der Nacht. - Vielen Dank.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit! - Zuruf von der CDU: Aber Sie! - Frau Lehmann [SPD]: Überflüssig!)

Präsident Fritsch:

Die zweite Kurzintervention kommt von Herrn Schulze.

Schulze (fraktionslos):

Lieber Kollege Görke, auf ein Wort bitte: Sie haben gerade gesagt, es sei ein großer Erfolg für Brandenburg im Aufsichtsrat erzielt worden. Ich glaube, es ist der richtige Weg und ein Schritt in die richtige Richtung. Das ist gar keine Frage. Aber, lieber Kollege Görke, was ist das für ein Erfolg? Das ist schlicht und einfach die geltende Rechtslage - nichts weiter.

(Vereinzelt Beifall CDU und des Abgeordneten Goetz [FDP])

Diese Landesregierung hat im Jahr 2004 - nach vielen Hinweisen, es gab die große Anhörung in Oberschöneweide, die sich über ein Dreivierteljahr hinzog - das Schallschutzziel festgesetzt. Das kann man im Planfeststellungsbeschluss nachlesen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Aber eigentlich ist der Antrag abgelehnt worden im Aufsichtsrat!)

Die Regelungen, die dort drinstehen, sind seit dem 24. August 2004 geltendes Recht und vom Bundesverwaltungsgericht in dieser Phase bestätigt worden. Seit 2004 - seit acht Jahren! - ist es das, wonach man sich zu richten hat. Wenn jetzt, im August 2012 - nach acht Jahren! -, erreicht worden ist, festzusetzen, dass das auch gemacht wird, nachdem jahrelang dagegen verstoßen worden war, ist das meiner Ansicht nach mindestens die Bemerkung wert: „nicht besonders gut gelaufen“, und es ist zu fragen: Wer hat zugeguckt?

Im Übrigen darf ich erwähnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn es Ihnen vielleicht nicht in den Kram passt: Seit Mai 2011 war der Landesregierung bewusst und klar - das ist aktenkundig, auch durch den Verkehrsminister auf eine Kleine Anfrage hin beantwortet -, dass die Flughafengesellschaft systematisch gegen den Planfeststellungsbeschluss verstößt. Wir werden nächste Woche noch darüber reden, weil es dazu einen Antrag gibt. Er mag sich vielleicht punktuell überholt haben, aber er ist noch vor dem Urteil des OVGs eingereicht worden. Zu der Aussage, der Beschluss des Aufsichtsrates, das OVG-Urteil zu akzeptieren, sei ein großer Erfolg, sage ich: Nein, das hieße, sozusagen die Wahrheit zu verdrehen. Es ist das, worauf die Menschen ein Anrecht haben, es ist eine Selbstverständlichkeit.

Deshalb, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sage ich: Das war ein guter und richtiger Schritt, aber erst ein Schritt auf einem langen Weg. Ich war relativ überrascht und entsetzt über das, was Herr Büttner von der FDP gesagt hat: dass der Schallschutz volkswirtschaftlicher Unsinn sei und uns unsere Kinder noch schlagen würden, dass wir hier etwas für den Schallschutz tun. Herr Büttner, ich rate Ihnen: Lesen Sie die einschlägigen Gutachten vom Umweltbundesamt und von anderen, die vorrechnen, welchen Schaden nichtrealisierter Schallschutz und Nachtflug für die Volkswirtschaft, für die gesamte Gesellschaft verursachen. Hunderte von Millionen Euro! Das kann man nachlesen.

(Beifall des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Insofern ist dieses Geld, wenn wir es denn investieren - und ich plädiere dafür -, gut eingesetztes Geld.

(Beifall)

Im Übrigen glaube ich nicht, dass Sie, wenn es um Ihre Gesundheit oder um die Gesundheit Ihrer Familie ginge, mit irgendjemanden über Geld diskutieren würden. Es gibt zwei Dinge, die man nicht im Laden kaufen kann: Lebenszeit und Gesundheit. Darüber sollten wir bitte auch nicht verhandeln.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fort. Der Abgeordnete Vogel spricht.

Vogel (GRÜNE/B90):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Aufsichtsrat lupfte den Deckel und ließ etwas Dampf entweichen - so die „Süddeutsche Zeitung“ zur Sitzung des Aufsichtsrates der FBB am 16. August, genauer: zur Sitzung des Aufsichtsgremiums der vollständig im öffentlichen Eigentum stehenden Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg GmbH.

Bevor die sprichwörtlichen Spökenkieker etwas genauer in das Gebräu gucken konnten, war der Deckel schon wieder zugeklappt. „Näheres nach der nächsten Sitzung am 14. September“, heißt es nun für die interessierte Öffentlichkeit und für uns Abgeordnete, Näheres zu dem wirklichen Eröffnungstermin, zu Kosten, Finanzbedarf und Finanzierungsquellen, erst nächstes Mal.

Nichts Genaues weiß man also nicht. Aber immerhin weiß man schon von 1,177 Milliarden Euro zusätzlichem Finanzbedarf und mindestens 430 Millionen Euro benötigter Überbrückungskredite, um die sich abzeichnende Liquiditätslücke abzudecken - Geld, das benötigt wird, um eine Insolvenz abzuwenden. Das kann man doch auch einmal ansprechen, ohne dass man als Überbringer schlechter Botschaften gescholten wird.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und des Abgeordneten Goetz [FDP])

Wer das meiste Geld aufbringen darf, weiß man auch schon: die Steuerzahlenden. Bereits Wochen vor der Aufsichtsratssitzung hatte der linke Finanzminister Helmuth Markov das Zeichen gesetzt und im vorausseilenden Gehorsam 252 Millionen Euro in den Haushaltsentwurf 2013/2014 eingestellt.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das war gut so!)

Er will mit einem Haushaltsvermerk den Zugriff auf weitere 372 Millionen Euro Rücklagen sichern. Adieu Schwankungsreserve, sage ich da nur. Wenn diese Rechnung aufgeht, wird es eines Nachtragshaushaltes nicht bedürfen, auch dann nicht, wenn der bislang öffentlich verkündete Anteil des Landes von 435 Millionen Euro nicht ausreichen sollte.

Ich frage Sie: Wie fühlen Sie sich als Linke, wie fühlen Sie als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wenn hier kurzer-

hand dreistellige Millioneneurobeträge für eine notleidende Landesgesellschaft über den Tisch geschoben werden sollen?

(Beifall GRÜNE/B90)

Wurde letztes Jahr nicht der finanzielle Kollaps des Bildungssektors an die Wand gemalt, wenn nicht sofort die Zuschüsse für die freien Schulen gekürzt werden? Wurde nicht den Hochschulen des Landes eine globale Minderausgabe in Höhe von 12 Millionen Euro aufgedrückt?

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Und nun 220 Millionen Euro plus x allein 2013 für den Flughafen! Wissen Sie, wie viel im gleichen Jahr für die Hochschulen zur Verfügung stehen? Insgesamt 299 Millionen Euro! Ich sage das nur, um zu zeigen, in welchen Dimensionen wir uns bewegen.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Aber eines gegen das andere auszuspielen finde ich fürchterlich!)

Wenn wir Grüne heute über die Gefährdung der Sicherheit und Zukunft Brandenburgs reden, dann reden wir über den Sprengstoff für unseren Landeshaushalt. Wir reden nicht über einen islamistischen Gefährder, der in den Sicherheitsdienst am Flughafen gar nicht erst hätte eingestellt werden dürfen. Denn nicht dieser junge Mann, der aufgrund der Aufmerksamkeit unserer Sicherheitsbehörden innerhalb von zwei Tagen aus dem Verkehr gezogen wurde, ist unser primäres Problem. Das wahre Problem für die Sicherheit und Zukunft unseres Landes ist das Handeln der FBB mit all ihren Gremien und Entscheidungsträgern,

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

deren Fehleinschätzungen nicht nur ein kaum abzuschätzendes Haushaltsrisiko für das Land, sondern auch ein massives Glaubwürdigkeitsdefizit der Politik insgesamt hervorgerufen haben.

Das, was wir mit den Vorgängen um den Flughafen BER erleben, ist einer der krassesten Fälle, nein, nicht von Politikversagen, sondern von Politikerver sagen. Die Verantwortung für die Malaise ist in diesem Fall nicht einer „unsichtbaren Hand“ geschuldet, sondern Personen eindeutig zuzuordnen: Wowereit, Platzeck, Bomba - alle mit einem Blick auf der Liste der Aufsichtsratsmitglieder der FBB zu erfassen -, gefolgt von Dr. Körtgen und Prof. Dr. Schwarz.

(Beifall GRÜNE/B90)

Geplant mit ursprünglich 2 Milliarden Euro erreichen die Kosten inzwischen mehr als 4 Milliarden Euro. Niemand will bis vor Kurzem mitbekommen haben, dass da irgendetwas aus dem Ruder läuft. Wo waren denn die Aufsichtsratsmitglieder mit ihren Gedanken, als in insgesamt sechs Sitzungen in sechs Jahren sechsmal Erweiterungsbauten für das Terminal beschlossen wurden und sich die Baukosten von ursprünglich 565 Millionen Euro auf 1,2 Milliarden Euro mehr als verdoppelten?

(Vereinzelt Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Kam da niemand auf den Gedanken, dass man nicht nur mehr Geschossfläche für zusätzliches Geld bekommt, sondern dass

man dazu irgendwann mehr Geld als eingeplant benötigen könnte?

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Dachte niemand daran, dass hier irgendwann der Kostenrahmen gesprengt würde und Nachschüsse der Gesellschafter ausgelöst werden müssen? War niemandem aufgefallen, dass Welten zwischen dem Planfeststellungsbeschluss und den dort festgesetzten Lärmschutzmaßnahmen sowie dem angesetzten Kostenrahmen bestanden und sich das irgendwann einmal rächen muss? Konnte es bei vier Sitzungen im Jahr überhaupt jemandem auffallen, dass man möglicherweise auf Basis unzureichender Informationen entschied? Hat man sich jemals einen Kopf darüber gemacht, dass alle Gesellschafter ihre Zuarbeiten auf der Basis desselben Controllingberichts erhielten? Ehrlich gesagt, ich habe nicht den Eindruck, dass alle Aufsichtsratsmitglieder die laut Gesellschaftsrecht vorgeschriebene Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters an den Tag legten.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und des Abgeordneten Goetz [FDP])

Nur gut, dass laut GmbH-Recht nicht die Gesellschaft den Aufsichtsratsmitgliedern nachweisen muss, dass diese unkorrekt gehandelt haben, sondern umgekehrt. Man darf angesichts dieser gesetzlichen Beweislastumkehr schon einmal mit Spannung dem Verlauf des Untersuchungsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus entgegensehen.

Als Brandenburger Abgeordnete hatten wir jedenfalls bisher nur beschränkte Möglichkeiten, alle - von der FBB-Geschäftsführung vollständig als Betriebsgeheimnis deklarierten - Aufsichtsratspapiere frei zu lesen oder uns gar öffentlich darüber zu verbreiten. Alles, was uns Abgeordnete über die Aufsichtsratsunterlagen hinaus noch interessieren könnte - Businessplan, Zielvereinbarungen, Boni für den Geschäftsführer -: Geschäftsgeheimnisse! Nebenbei bemerkt: Ich kann mir keine Zielvereinbarung vorstellen, mit der auch nur ein einziger Euro Bonus für Prof. Dr. Schwarz und Dr. Körtgen hätte gerechtfertigt sein können.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Aber anscheinend hatte diese Zielvereinbarung so viele Schlupflöcher, dass ein Sieb dagegen eine Betonwanne ist. Wie gesagt: undurchschaubar für uns, alles Geschäftsgeheimnis. Wobei uns die letzte Zeit eines gelehrt hat: Geheim ist zwar alles. Das heißt aber nicht, dass es nicht doch den Weg in die Öffentlichkeit findet. Fast alle Aufsichtsratspapiere haben inzwischen ihren Weg in den öffentlichen Raum gefunden. Aus den Zeitungen erfahren wir mehr als aus dem Mund unserer Vertreter im Aufsichtsrat.

(Zuruf von der CDU: Ja, so ist es!)

Manche als vertraulich deklarierte Papiere, zum Beispiel der Sachstandsbericht BER vom 25. Juni 2012, lassen sich inzwischen aus dem Internet herunterladen. Gleiches gilt für die Änderungen am Terminal, die den teilnehmenden Fraktionsvorsitzenden am 22. Juni vom Ministerpräsidenten als vertrauliche Unterlagen weitergereicht wurden - ich habe hier vertraulich draufgeschrieben - und die, ich staunte bei meinen Recherchen am Sonntag nicht schlecht, auf der Internetseite

der Staatskanzlei als PDF-Datei heruntergeladen werden können.

(Genilke [CDU]: Sonst hätten Sie sie auch nicht bekommen! - Heiterkeit bei der CDU)

So weit zum Thema vertrauliche Insiderinformationen der Fraktionsvorsitzenden durch den Ministerpräsidenten.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Sie haben selbst darum gebeten!)

Nein, so kann man uns nicht abspeisen, und so dürfen sich auch weder Rechnungshöfe noch das Parlament abspeisen lassen. Was immer am Ende als Zuschussbedarf für die FBB ansteht: Ohne Änderung des Gesellschaftsvertrages und ohne Einführung weitergehender Akteneinsichts- und Kontrollbefugnisse für Rechnungshöfe und Abgeordnete, ohne vollständige Offenlegung der Aufsichtsratsprotokolle und Controllingberichte werden wir Grüne keiner Mittelaufstockung zustimmen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Ohne Vorlage eines geprüften neuen Businessplans, der aufzeigt, wie sich die Einnahmen und die Ausgaben in den nächsten Jahren absehbar entwickeln, sollte keiner hier im Hause zustimmen, wenn er sich nicht dem Vorwurf völliger Gleichgültigkeit gegenüber Geldverschwendung ausgesetzt sehen will.

Denn eines ist offenkundig: Diese Landesregierung wird - koste es, was es wolle - alles unternehmen, um eine Insolvenz der FBB zu verhindern. Das haben wir schließlich gehört. Da wird man auch einmal alle fünf gerade sein lassen, wenn nur auf diesem Weg die Flughafenpleite verhindert werden kann.

(Ness [SPD]: Wollen Sie die Pleite?)

- Niemand will die Pleite.

(Ness [SPD]: Sie reden im Augenblick ganz anders!)

Aber alle diese geplanten Geldspritzen stehen unter einem gewaltigen Vorbehalt: Ob die EU-Kommission zustimmen wird, ob die Banken für einen Überbrückungskredit auf einer Patronatserklärung bestehen oder ob sie sich mit einer neuen Beständigkeitserklärung zufriedengeben - alles dicke Fragezeichen.

Machen wir uns nichts vor: BER ist für uns Brandenburger „Griechenland im Kleinform“. Es zeigt im Kleinen die Probleme auf, die die große Politik kaum zu handhaben versteht. Es reicht eben nicht, einen großen Geldbedarf zu haben, sondern man muss auch jemanden finden, der einem das Geld gibt. Da sieht es bei Griechenland und der FBB gleichermaßen beschränkt aus; denn beide werden vom Bankensystem nicht mehr als kreditwürdig eingestuft.

(Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

So war bereits bei der Bewilligung des ersten Kreditvolumens in Höhe von 2,4 Milliarden Euro keine einzige Bank zu finden, die die üblichen Bürgschaftserklärungen des Bundes und der Länder als ausreichend akzeptiert hätte. Stattdessen mussten - ziemlich einmalig übrigens - Bund und Länder eine hundert-

prozentige Bürgschaft auf erstes Anfordern übernehmen, wobei die Kreditgeber zugleich von allen banküblichen Sicherheiten und Sorgfaltspflichten befreit wurden.

Zusätzlich mussten die Gesellschafter Beständigkeitserklärungen abgeben, wonach sie bis zu zwei Jahre nach der Eröffnung des Flughafens ihre Geschäftsanteile halten und den Kredit zusätzlich mit Swaps besichern, die heute mit mehr als minus 200 Millionen Euro zu Buche schlagen.

Schon heute zeichnet sich ab, dass allein zu diesen Bedingungen ein Überbrückungskredit nicht zu erhalten sein wird. Ich denke, das sagt einiges über die Risikoeinschätzung der Banken aus, die im deutlichen Gegensatz zu den hier jahrelang verkündeten Erwartungen eines „Goldesels Großflughafen“ stehen.

Der eine oder andere von Ihnen wird sich da fragen: Was soll das? Die Sicherheiten werden sich schon finden lassen, und EU-Notifizierungen sind schließlich alltägliches Geschäft. Was soll da schon schiefgehen? - Ich verstehe, dass Sie uns als notorische Kassandrarufer einstufen und sich von uns im eigenen Glauben, dass am Ende schon alles gut ausgehen werde, nicht über Gebühr behelligen lassen wollen. Schauerlich ist nur, dass wir Bündnisgrünen mit unseren Warnrufen bisher immer Recht hatten.

(Holzschuher [SPD]: Ach!)

Ich erinnere nur an die von unserer Großen Anfrage am 29. September 2011 ausgelöste Debatte zur Wirtschaftlichkeit des damals noch unter „BBI“ firmierenden Flughafens - eine denkwürdige Debatte, bei der Minister Christoffers wörtlich ausführte:

„Ich gehe davon aus, dass die Gesellschaft die auf sie zukommenden Lasten allein tragen muss, ohne dass ihr zusätzliches Kapital bereitgestellt werden kann.“

„Welch ein Irrtum!“, möchte man mit Ernst Jandl dazu ausrufen und ganz nebenbei feststellen, wie lang die Verfallsdauer solcher Aussagen ist: keine elf Monate.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Bereits im September 2011 hatte ich minutiös ausgeführt, dass der Flughafen schon nach eigenem Bekunden eine Kostendeckung des laufenden Betriebes nicht erreichen wird, dass er ohne Profitabilitätssprung seine Kredite nicht bedienen kann und dass die Abschreibungen und Zinszahlungen auf Jahre hinaus zu massiven Verlusten führen, die langsam, aber sicher das aufgestockte Eigenkapital aufzehren werden.

Dafür durfte ich mir dann von Herrn Homeyer anhören, dass ich den Flughafen „brutalstmöglich in Grund und Boden“ rede, und das von Herrn Homeyer, der inzwischen - wie viele seiner Fraktionskollegen auch - erklärt, in puncto Flughafen jeden Glauben an die Aussagen der Flughafengeschäftsführung und der Landesregierung verloren zu haben - einen Glauben, den wir Grüne schon lange nicht mehr aufbringen konnten.

Kommen wir nun zum Risikofaktor Notifizierung - Herr Büttner hat es bereits angesprochen -: Notifizierungspflicht bei der EU besteht für die Aufstockung des Eigenkapitals, für Beihil-

fen, Garantien, Bürgschaften, Patronatserklärungen und was einem sonst noch so alles an Instrumenten zur finanziellen Absicherung einfallen mag.

Die Europäische Union hat kein Interesse daran, dass mit Steuermitteln ein Flughafen genährt wird, der den innereuropäischen Wettbewerb verzerrt - übrigens nur ein Flughafen von insgesamt 23 in einem Wettbewerbsverhältnis stehenden deutschen Flughäfen, für den die Europäische Union wohl keinen Grund sieht, hier besonders viele Augen zuzudrücken.

Wer glaubt, eine EU-Notifizierung sei mehr oder weniger Routine, dem sei ein Blick zum Nürburgring in Rheinland-Pfalz empfohlen. Dort wurde die von einem ehemaligen SPD-Bundesvorsitzenden geführte Landesregierung damit konfrontiert, dass der Verlust von mehr als 300 Millionen Euro allein kein Grund ist, einem relativ niedrigen Überbrückungsdarlehen zuzustimmen. Das Ergebnis ist bekannt: Die landeseigene Nürburgringgesellschaft ist pleite, und der frühere Finanzminister freut sich nach eigenem Bekunden auf das angesetzte Strafverfahren wegen Untreue, da es ihm die Möglichkeit bietet, einmal so richtig seine Unschuld zu beweisen.

(Heiterkeit bei der Fraktion GRÜNE/B90)

Natürlich ist das alles nicht vergleichbar - das ist es vorher nie -, aber doch ein Menetekel, für uns alle zur Warnung.

Dabei ist es in derartigen Fällen das Normalste der Welt, dass die Europäische Union die Zustimmung zu solchen Mittelzuflüssen an Auflagen zur Privatisierung der Staatsbetriebe knüpft. Ein Blick nach Nordrhein-Westfalen möge reichen, wo die von der Europäischen Union erzwungene Zerschlagung der WestLB zu der Bildung einer Bad Bank und einem Anstieg der Landesschulden im zweistelligen Milliardenbereich geführt hat.

Wir meinen: Der Weg ist vorgezeichnet. Das Privatisierungsbegehren, das bekanntlich auch an der Wiege des Flughafens BER stand, wird früher oder später in Gestalt der EU-Kommission auf uns zurückkommen. Als Folge drohen die Verluste dann sozialisiert und die zukünftigen Gewinne privatisiert zu werden. Bis die Europäische Union uns zu einer Privatisierung zwingt, wollen wir Grünen aber gar nicht erst warten, sondern wir fordern von der Landesregierung bereits heute, mit den Mitgesellschaftern ein Privatisierungskonzept für den Zeitraum bis zum Greifen der Schuldenbremse im Jahr 2019 zu erreichen; denn die Folgekosten für diesen Flughafen drohen uns ansonsten jeden Haushalt zu zerschneiden.

(Beifall GRÜNE/B90)

Ich komme zum sogenannten Lärmschutzkompromiss. Dazu ein kurzer Blick auf das große Ganze: Der Flughafen befindet sich aufgrund des Drucks des damaligen Bundesverkehrsministers Wissmann und des damaligen Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen am falschen Standort. Das ist für uns heute nicht mehr heilbar.

(Zurufe der Abgeordneten Frau Wehlan [DIE LINKE] und Holzschuher [SPD])

Aber für jeden ist unmittelbar erkennbar, dass im urbanen Umfeld natürlich andere Rahmenbedingungen gelten müssen als

auf der freien Heide. Wenn ein Flughafen in einem solchen Umfeld wirtschaftlich betrieben werden soll, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder der Flughafen wird in Größe und Betrieb der Lage im dichtbesiedelten Raum angepasst, das heißt, Flugfeld und Terminal richten sich in Größe und Betriebsführung an einem strikten Nachtflugverbot, an Taglärmschutz und weiteren sozialen und Umweltkriterien aus, oder es wird versucht, das Umfeld an den Flughafenbetrieb anzupassen, also: Entsiedelung und umfassende Lärmschutzmaßnahmen und, wo das nicht möglich ist, Ruhigstellung der Bevölkerung durch Entschädigungszahlungen.

Dabei besteht eigentlich gar kein Zwang zu Gigantismus. Es ist ein Irrtum, dass nur ein möglichst großer Flughafen wirtschaftlich arbeiten könne. Auch ein kleinerer Single-Airport hätte es getan und könnte wirtschaftlich betrieben werden; Tegel zeigt uns das tagtäglich.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Damals war doch klar, dass das ein internationales Drehkreuz wird!)

Wirtschaftlichkeit ist keine Frage der Größe, sondern des Betriebskonzeptes. Das kann Ihnen übrigens jeder Landwirt mit einem Familienbetrieb nachvollziehbar erklären.

(Beifall GRÜNE/B90 - Zuruf des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Leider haben sich die Eigentümer für Variante 2 entschieden, und das auch noch inkonsequent.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Sie waren für Schönefeld, und da war klar, dass es ein internationales Drehkreuz wird!)

Da angemessene Lärmschutzmaßnahmen das Betriebsergebnis schmälern würden, hat man sich auf das Tricksen verlegt, um diesen Ausgabeposten möglichst gering zu halten. Ich erwähne den Versuch, eine sechsmalige Überschreitung des Grenzwertes von 55 dB gegen den Wortlaut des Planfeststellungsbeschlusses durchzusetzen, und ich erwähne die Einführung einer Kappungsgrenze von 30 % des Verkehrswertes für Lärmschutzmaßnahmen und Entschädigungszahlungen.

Als Trickserei wird vor Ort auch die Stichtagsregelung für die Berechnung des Verkehrswertes empfunden, da Wertverluste aufgrund des vorher nicht absehbaren Konsensbeschlusses aus dem Jahr 1996 unberücksichtigt bleiben. Bei einfachen Häusern - das macht ungefähr 90 % aus - sind dann allenfalls noch Schallschutzfenster im Erdgeschoss möglich; eine Dämmung des Daches, wo der meiste Lärm eingetragen wird, ist finanziell jedoch nicht mehr drin.

Es kommt noch „toller“: Der Schallschutz wird umso schlechter, je niedriger der Verkehrswert ist - wegen des niedrigeren Werts nach Kappung. Da der Verkehrswert umso niedriger ist, je intensiver ein Grundstück überfliegen wird, erhalten die schwach belasteten Bürger - mit mäßiger Entfernung zum Flughafen - einen besseren Schutz als die hoch belasteten Bürger, deren Grundstücke aufgrund der Lärmbelastung nichts mehr wert sind. Das kann doch niemand ernsthaft wollen. Das Ergebnis dieser Tricksereien ist bekannt: Eine Region ist im Aufstand. Klagen, Demonstrationen, Volksinitiative und Volksbegehren - das volle Programm.

Der Landtag hat sich häufig auf Initiativen der Grünen hin mit den Lärmschutzmaßnahmen befassen müssen. Er hat mitunter auch windelweiche Entschließungsanträge der Regierungsfraktionen verabschiedet, weil diese der Regierung und der FBB nicht in den Arm fallen wollten. Entscheidungen, die man hier im Haus nicht treffen wollte, wurden an die Gerichte delegiert - mit wechselndem Erfolg für die Lärmbetroffenen.

Aber kaum hatten die Lärminitiativen mit dem OVG-Beschluss zur Durchsetzung des Lärmschutzprogramms doch einmal Erfolg und die Klarstellung erhalten, dass der Grenzwert von 55 dB tagsüber keinmal in Innenräumen erreicht werden darf, schon hat sich die Landesregierung eine neue Finte ausgedacht und die „krumme Null“ entdeckt.

Das geht so: Das „keinmal“ des OVG-Beschlusses wurde als mathematisch „null Mal“ interpretiert. „Alle bis 0,49 wird auf null abgerundet - das weiß doch jedes Kind!“, haben sich die Zahlenjongleure in der Landesregierung gedacht und haben das mit einem entsprechenden Erklärungsschreiben an die FBB gleich in die Tat umgesetzt. Zudem findet man in Deutschland für alles eine DIN, was in diesem Fall die DIN 1333 mit den Rundungsregeln war. „Wir lassen uns in unserer Definitionsmacht doch nicht von einem OVG beschneiden“, mag sich die Landesregierung auch gedacht haben.

Das Ergebnis ist bekannt: Nach diesen neuen Interpretationen der OVG-Vorgaben wären in den sechs verkehrsreichsten Monaten des Jahres 90 Grenzwertüberschreitungen in Innenräumen möglich. Ob diese Rechenmethode der Planfeststellungsbehörde in einem absehbaren Klageverfahren vor dem OVG Bestand haben wird, ist völlig offen. Somit gibt es auch bis auf Weiteres keine Rechtssicherheit - weder für die Anrainer noch für die Flughafenplaner noch für die Mittelgeber des Flughafens. Diese Auslegung des OVG-Beschlusses vom Aufsichtsrat der FBB bestätigt bekommen zu haben hat daher alle Chancen, sich noch als Pyrrhussieg für unseren Ministerpräsidenten zu erweisen.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Das letzte Quäntchen Glauben an unsere Landesregierung dürfte bei den Lärmbetroffenen ohnehin perdu sein; denn eines ist offenkundig: Die Null-ist-gleich-Null-Variante - ohne Rundung - war von der FBB schon berechnet und mit 591 Millionen Euro Zusatzkosten eingepreist worden. Die FBB war also - anders als das Infrastrukturministerium - sehr wohl in der Lage, die konkreten Mehrausgaben des OVG-Urteils auch ohne Rundungsartistik zu berechnen. Wir Grünen sagen hier ganz klar: So nicht. Keine Trickereien auf Kosten der Betroffenen!

(Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Das Problem ist allerdings, dass das Infrastrukturministerium hier Tatsachen geschaffen hat, die nur noch von einem neuen OVG-Urteil im Hauptsacheverfahren geheilt werden können, wodurch vermutlich noch höhere Kosten als jetzt anfallen würden. Was bleibt, ist das schale Gefühl, dass hier Zeitschinderei auf Kosten der Betroffenen betrieben wird.

(Beifall GRÜNE/B90)

Diese Art von Anpassung der Rahmenbedingungen zugunsten der FBB lehnen wir entschieden ab. Sie ist zudem unnötig wie

ein Kropf, da die Mittelzuführung für die Erstattung der Lärmaufwendungen - die wir im Grundsatz auch mittragen - an die FBB keine Wettbewerbsverzerrung darstellt und damit auch EU-unschädlich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn das Thema Terminverschiebung in der Öffentlichkeit am heißesten diskutiert wird, akzeptieren wir Grünen, dass der neu eingesetzte Technikchef Amann den Zustand der BER-Baustelle zunächst gründlich prüft und erst dann gegebenenfalls ein neuer Eröffnungstermin bekannt gegeben wird.

Inzwischen gibt es immer neue monströse Meldungen. Ich nenne nur - wie auch Herr Dombrowski - die Fluchtwege, die von Gehbehinderten nicht benutzt werden können; sie sollen sich im Falle eines Falles in gekennzeichneten Wartebereichen aufhalten, bis sie von der Feuerwehr gerettet werden können. Zudem gibt es überbelegte Kabelschächte, abgehangene Decken, hinter denen sich nicht die Leitungen und Rohre befinden, die dort sein müssten, fehlende und unzureichende Planungsgrundlagen und so weiter.

Vor der zweimaligen Verschiebung des Eröffnungstermins und der Vorfestlegung dieses Termins durch den Aufsichtsrat auf den 17. März 2013 ist die nun stattfindende solide Überprüfung offenkundig unterblieben. Mit der Vertagung der Terminentscheidung auf den 14. September ist allerdings zugleich erneut dokumentiert, dass die alte FBB-Geschäftsführung und die amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrats bislang ihre Entscheidungen auf der Basis weitgehender Ahnungslosigkeit getroffen haben.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Nach der Vorgeschichte ist das keine lässliche Sünde. Wir haben genauso wenig wie die Wirtschaftsverbände den Eindruck, dass das Projekt BER mit dem amtierenden Geschäftsführer noch zu einem guten Ende gebracht werden kann. Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, dass er nur noch im Amt gehalten wird, um als letztes Schutzschild für die Aufsichtsratsvorsitzenden zu fungieren. Letztlich ist er nur noch Geschäftsführer auf Abruf, der dann geopfert wird, wenn es politisch opportun erscheint.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Auch wenn er dann vermutlich finanziell weich fallen wird, ist das für alle Beteiligten keine angenehme Situation.

Als Geldgeber und damit Mitverantwortlicher für das Projekt BER sollte der Landtag in seiner Gesamtheit ein Interesse daran haben, dass die FBB-Geschäftsführung wieder Glaubwürdigkeit genießt. Die jetzt diskutierte Variante, einen zusätzlichen Geschäftsführerposten für einen Finanzvorstand einzurichten, wäre nur eine Fortschreibung der bisherigen Strategie, immer mehr Geld in die Hand zu nehmen, um ja keine harten Konsequenzen ziehen zu müssen.

Weitere Appelle an die Vertreter Brandenburgs, Berlins und des Bundes im Aufsichtsrat kann ich mir an dieser Stelle ersparen. Angesichts der festgefüigten Meinung unseres Ministerpräsidenten, nur im Aufsichtsrat Verantwortung übernehmen zu können, wird sich auch nach dieser Sitzung nichts bewegen. Aber egal, ob mit oder ohne Sitz im Aufsichtsrat: Niemand wird die

politische Verantwortung für das BER-Desaster unserem Ministerpräsidenten abnehmen.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Wir hielten es allerdings - wie immer wieder betont - für richtig, jetzt den Weg für eine Neubesetzung des Aufsichtsrates mit qualifiziertem Personal freizumachen, das über ausreichend Know-how und vor allem auch Zeit für diese fordernde Aufgabe verfügt.

Die Einschätzung, dass diejenigen, die uns die Suppe eingebrockt haben, sie auch wieder auslöffeln sollen, halte ich für falsch; denn auslöffeln müssen am Ende die Lärmbetroffenen und die Steuerzahlenden, nicht die Suppenköche. Von denen haben wir schon reichlich, weshalb wir übrigens auch keine Verstärkung mit einem „Koch“ aus Hessen benötigen.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Ich komme zum Schluss: Der BER-Aufsichtsrat hat getagt und wieder einmal das Meiste offengelassen bzw. in die Zukunft vertagt. Eröffnungstermin, Baumängel, Gesamtkosten, Überbrückungskredite - das Meiste ist, wie gesagt, offengeblieben. Statt Antworten kommen immer neue offene Fragen hinzu. Beim Lärmschutz wurde mit der Erfindung der „krummen Null“ ein halbseidener Kompromiss auf Kosten der Lärmbetroffenen geschlossen. Deutlich wurde, dass die Verantwortlichen in Bund und Ländern nun entschlossen nach dem Steuersäckel greifen. Wir schließen uns hier Frau von Bullion aus der „Süddeutschen“ an, die zutreffend formuliert:

„Berlins Flughafen muss fertig werden, aber erpressen lassen dürfen sich die Parlamente nicht. Mehr Geld aus den Kassen von Bund und Ländern darf es erst geben, wenn die Fehler klar benannt und abgestellt sind. Sonst versickert bald die nächste Milliarde in Inkompetenz.“

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

In diesem Sinne empfehle ich die Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und des Abgeordneten Schulze [fraktionslos])

Präsident Fritsch:

Damit erhält die Landesregierung das Wort. Der Ministerpräsident spricht.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde bereits intensiv über die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der heutigen Sondersitzung gestritten. Ich sage ganz deutlich: Ich stehe zu meiner Verantwortung auch als Mitglied des Aufsichtsrates. Dazu gehört, dass ich mich dieser und auch anderen Diskussionen stelle.

Verehrter Herr Kollege Dombrowski, sagen Sie doch einfach ehrlich, was Sie beabsichtigen - sagen Sie es schlicht und ergreifend ehrlich; damit kann ich umgehen -: Ihnen geht es nicht um das Schicksal des Flughafens, Ihnen geht es nicht um

das Schicksal des Landes und schon gar nicht um das Schicksal von Behinderten im Brandfall. Vielmehr wollen Sie mir an den Kragen und das Thema Flughafen als Chance nutzen. Das ist völlig legitim. Aber dann sollten Sie es auch zugeben und nicht hier vorn andere Interessen heucheln.

Folgendes kann ich Ihnen auch sagen: Ich bin seit einigen Wochen jeden Abend bei Bürgerdiskussionen. Dort wird über viele Fragen diskutiert - das konnten Sie in einigen Zeitungen nachlesen -, die im Land gegenwärtig eine Rolle spielen, also auch über den Flughafen. Jedoch ist der gravierende Unterschied zu dem, was Sie heute hier geboten haben, folgender: Bei diesen Bürgerdiskussionen wird Oberliga gespielt, nicht Kreisliga. Das ist der gravierende Unterschied, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Falls Sie wieder auf die Idee kommen sollten - Sie haben das schon per Intervention getan -, zu behaupten, so etwas dürfe ein Ministerpräsident einem frei gewählten Abgeordneten nicht sagen, vervollständige ich Ihr Wissen: Ich bin gleichfalls frei gewählter Abgeordneter, und zwar - anders als Sie - direkt gewählter Abgeordneter dieses Landtages, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Insoweit die Initiatoren dieser Sondersitzung versuchen, den Eindruck zu erwecken, Aufklärung und Information bezüglich des Flughafens seien in besonderem Maße ihren Bemühungen zu verdanken, muss ich sagen: Diese Auffassung ist schlicht und ergreifend falsch.

Für den großen Bedarf an Aufklärung habe ich vollstes Verständnis. Deshalb versuchen wir auch alles, um diesem berechtigten Bedürfnis umfassend Rechnung zu tragen. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Landesregierung haben wir das Thema Flughafen in den vergangenen Monaten kontinuierlich und mit größter Transparenz nach außen kommuniziert.

Einige Aspekte dazu: Am 21. Mai habe ich von dieser Stelle aus eine Regierungserklärung gehalten. Der Flughafen war seitdem kontinuierlich Thema in den verschiedenen Landtagsausschüssen und im Plenum. Die Regierung hat in dieser Zeit 37 Anfragen beantwortet. Es gab zehn Akteneinsichtsbegehren und eine Vielzahl von Anfragen, die direkt an die Ministerien gerichtet waren. Parallel dazu habe ich die Fraktionsvorsitzenden in einem gesonderten Forum laufend über die Entwicklung informiert. Schon am morgigen Mittwoch steht das Thema Flughafen wieder auf der Tagesordnung des Hauptausschusses.

Seit meiner Regierungserklärung habe ich insgesamt mehr als 20 Interviews zum Thema gegeben und Medienanfragen beantwortet. Auf unserer Landeshomepage haben wir eine Sonderseite zum Flughafen eingerichtet. Hier beantwortet die Landesregierung ausführlich die wichtigsten Fragen zum Thema Flughafen. Die Antworten werden regelmäßig aktualisiert. All das hat Eingang in unzählige regionale und überregionale Presseveröffentlichungen sowie Radio- und Fernsehbeiträge gefunden.

An der umfassenden Aufklärung der Öffentlichkeit sowie an der Unterrichtung des Landtages ist mir und der gesamten Lan-

desregierung gelegen. Dazu hätte es dieser Sondersitzung wahrlich nicht bedurft, verehrter Herr Dombrowski.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, seit die Anteilseigner des Flughafens Berlin-Brandenburg am Abend des 7. Mai durch die Geschäftsführung informiert wurden, dass die geplante Eröffnung nicht zu realisieren sei, ist der Aufsichtsrat alle sechs Wochen zusammengekommen. Dazwischen gab es mehrere Ortstermine und Ortsbegehungen.

Zu diesen Ortsterminen und -begehungen möchte ich nur der Vollständigkeit halber - einige Kollegen sind darauf bereits eingegangen - sagen: Es geht bei der Nichtfertigstellung nicht um Hoch- und Tiefbau, Straßenbau, Landschaftsgestaltung oder um irgendetwas, was man optisch wahrnehmen kann; denn das ist alles geregelt. Vielmehr geht es um Software, um das Zusammenschalten, um TGA und Dinge, die sich hinter den Wänden bzw. Kulissen abspielen. Diese kann man bei noch so vielen Ortsbegehungen nicht sehen; zumindest für einen „normalen“ Aufsichtsrat sind sie nicht sichtbar. Das wollte ich der Vollständigkeit halber noch einmal gesagt haben.

Während dieser Sitzungen und Tagungen wurden etliche Entscheidungen getroffen. Das gilt insbesondere für die Zusammenarbeit mit Projektpartnern und Prüfgesellschaften, für die Finanzierung sowie für das Thema Schallschutz. Zudem konnte der Aufsichtsrat mit Horst Amann einen neuen Geschäftsführer Bau gewinnen. Aufgrund seiner Tätigkeit am Frankfurter Flughafen hat er reichhaltige Erfahrungen mit der Realisierung vergleichbarer Projekte gesammelt und genießt in der gesamten Branche einen glänzenden Ruf.

Bei der Planung der weiteren Schritte bis zur Inbetriebnahme heißt das oberste Gebot: Sorgfalt und Umsicht gehen vor Tempo. Auf dem weiteren Weg zur Eröffnung des Flughafens - da gehe ich mit etlichen Rednern konform - darf weder übertriebene Hast noch Wunschenken den Ausschlag geben. Entscheidend ist einzig und allein die Situation vor Ort. Wir wollen einen Flughafen in Betrieb nehmen, der zum Zeitpunkt seiner Eröffnung tatsächlich voll funktionsfähig ist.

Die derzeit wichtigsten Fragen rund um den Flughafen betreffen den Eröffnungstermin selbst, die Finanzierung, den Schallschutz sowie die Bedeutung des Flughafens für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Ich werde zu jedem dieser Punkte kurz und knapp den aktuellen Stand zusammenfassen und meine Sicht der Dinge schildern.

Aber eines vorweg: Sicherheit hat auf dem neuen Flughafen allerhöchste Priorität. Es ist ganz klar, dass angesichts terroristischer Bedrohungen erhöhte Wachsamkeit geboten ist. Das hat die vorübergehende Beschäftigung eines Mannes an der Flughafenbaustelle gezeigt, der nach Einschätzung des LKA Berlin dem islamistischen Spektrum angehört.

Es hat sich aber auch gezeigt - das wurde hier bereits mehrfach verdeutlicht -, dass die zuständigen Behörden rund um den neuen Flughafen gut auf potenzielle Sicherheitsgefährdungen eingerichtet und vorbereitet sind. Der Mann wurde bereits kurz nach Aufnahme seiner Arbeit - übrigens in einem nicht-sicherheitsrelevanten Bereich, was ein wenig geradegerückt werden muss - aufgegriffen. Das ist ausdrücklich ein Erfolg für die Er-

mittlungsbehörden und gerade kein Grund, in Panik zu verfallen.

Statt dies als offiziellen Grund für diese Sondersitzung zu nehmen, hätten Sie jemanden aus Ihrer Fraktion in die Kommission schicken können, in der der Innenminister ausführlich darüber berichtet hat, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Erfreulich ist die Entwicklung beim Thema Schallschutz. In der jüngsten Aufsichtsratssitzung haben wir uns mit dem Bund und Berlin auf einen sehr, sehr guten Schallschutz für die Bürgerinnen und Bürger verständigt. Auch das wurde hier bereits ausführlich geschildert, weshalb ich es nicht zu wiederholen brauche.

Die FBB hat am heutigen Tag den sogenannten Klarstellungsantrag zurückgezogen; das teilte uns die Planfeststellungsbehörde gerade mit. Zudem wird sie die Klage gegen den Bescheid der Planfeststellungsbehörde vom 02.07.2012 zurückziehen.

Die von der Planfeststellungsbehörde mit Schreiben vom 15. August dieses Jahres festgesetzten Umsetzungsschritte befinden sich in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg. Ich bin dankbar, dass der gesamte Aufsichtsrat diese Linie nun mitträgt.

Zur Terminfrage, meine Damen und Herren, möchte ich ein wenig weiter ausholen. Hier gibt es mit Sicherheit noch Erklärungsbedarf. Entgegen anders lautenden Berichten wurde nämlich der 17. März 2013 als aktueller Termin nicht auf Drängen von Aufsichtsräten festgelegt. Vielmehr hatte uns die Geschäftsführung diesen Termin vorgeschlagen. Er wurde dann in der entsprechenden Aufsichtsratssitzung über viele Stunden hinweg mit Sachverständigen, Experten, Vertretern von Unternehmen und Airlines besprochen, bevor er bestätigt wurde.

Insofern war es kein Wunschtermin - vielleicht noch politisch motiviert - irgendeines Aufsichtsratsmitglieds, sondern ist der Termin, der aus dem geballten Sachverstand heraus - Sie können die Liste der Anwesenden und Vortragenden einsehen - destilliert wurde.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

- Ja, aha.

Unterdessen hat der neue Geschäftsführer Bau, Herr Amann, am 1. August seine Tätigkeit aufgenommen. Er macht sich derzeit ein umfassendes Bild darüber, ob der 17. März als Termin tatsächlich erreichbar ist. Wie Sie wissen, braucht er für eine verlässliche Einschätzung noch etwas Zeit. Diese hat er sich ausbedungen, und der Aufsichtsrat hat sie ihm gewährt. Ich glaube, das ist auch sinnvoll und gut so.

Schließlich wissen wir, was die Alternative wäre. Es ist bekannt, was in Paris bzw. in London geschehen ist. In Paris hat man unter Zeitdruck einen neuen Terminal eröffnet, der kurz nach der Eröffnung in sich zusammengebrochen ist, und in London Heathrow brachen nach der Eröffnung chaotische Verhältnisse bei der Gepäckverteilung aus. Insofern nochmals:

Wir wollen einen Flughafen eröffnen, der von Anfang an funktioniert.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Zu den Fragen hinsichtlich der Kosten zunächst Folgendes: Die Anteilseigner werden eine Zahlungsunfähigkeit des Flughafens nicht zulassen. Wir haben am vergangenen Donnerstag verschiedene Varianten zur Deckung der entstehenden Mehrkosten diskutiert. Es handelt sich hierbei um einen Mix aus Eigenkapital, Überbrückungskrediten und Gesellschafterdarlehen. Berlin, Brandenburg und der Bund ziehen diesbezüglich an einem Strang. Wie Berlin und der Bund sind auch wir bereit, uns an der nötigen Gesamtsumme - entsprechend unserem Anteil an der Gesellschaft - zu beteiligen. Wir haben dazu im Doppelhaushalt 2013/2014 bereits Vorsorge getroffen. Nach heutigem Kenntnisstand ist diese Vorsorge ausreichend.

Richtig ist, dass für die Mittelzuweisung erst die Zustimmung der Europäischen Kommission notwendig ist. Die Vorgespräche lassen uns jedoch deutlich hoffen, dass wir hier zu einer positiven Entscheidung kommen werden.

Meine Damen und Herren, es ist gar keine Frage: Die Entwicklungen und Ereignisse der letzten Monate rund um den Flughafen sind alles andere als erfreulich gewesen. Die Verzögerungen und auch die Kostensteigerungen sind hochgradig ärgerlich. Sie können mir abnehmen: Niemanden wurmt das alles so sehr wie mich.

Es ist wahr, der Aufsichtsrat wäre rückblickend gut beraten gewesen, noch misstrauischer zu sein. Das habe ich in diesem Hause vor einigen Wochen bereits sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir waren zwar durchaus misstrauisch, aber im Nachhinein ist man klüger und weiß, wo man sonst noch hätte ansetzen können. Das alles ist ohne Zweifel richtig.

Dennoch sollten wir aus Verantwortung für unser Land vor allem die langfristigen Entwicklungsperspektiven im Blick behalten, die sich für ganz Brandenburg mit dem Flughafen „Willy Brandt“ verbinden. Für unser Land wirklich grundlegend und wesentlich ist die Tatsache, dass der Flughafen Willy Brandt selbstverständlich fertiggestellt wird - ob nun am 17. März oder vielleicht auch einige Monate später. Wenn der Flughafen dann erst einmal eröffnet ist, besitzt unsere gesamte Region einen der modernsten und leistungsfähigsten Airports in Europa. Vor allem das zählt doch.

Herr Dombrowski, wenn Sie das Thema der Fluchtwege für Behinderte hier zu billiger Polemik nutzen,

(Burkardt [CDU]: Oh!)

kann ich Ihnen nur sagen: Dieses Thema wurde mit den Behindertenbeiräten Berlins und Brandenburgs ausführlich besprochen. Es ist ein Verfahren, das an anderen Stellen genauso angewandt wird und Stand der Technik ist. Dies erwähne ich an dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Zahllose Studien, dicke Bücher, gesunder Menschenverstand und vor allem der Blick auf die Wirklichkeit zeigen uns: Flughäfen sind heute - und zwar rund um den Globus - ganz ent-

scheidende Treiber wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Flughafenregionen sind Regionen des Wirtschaftswachstums und Bevölkerungswachstums. Rund um große Flughäfen siedeln sich überall auf der Welt wachsende Cluster von Gewerbeparks, Logistikzentren, Dienstleistungsbranchen und Unternehmen der Informationstechnologie an. Hinzu kommen Hotels, Einzelhandels-, Tagungs- und Messezentren.

Meine Damen und Herren, das alles schafft Arbeitsplätze, wirtschaftlichen Aufschwung und auch Steuereinnahmen für die öffentlichen Hände. Es gibt überhaupt keinen Grund zu der Annahme, dass ausgerechnet in der Region rund um die dynamische und international höchst attraktive deutsche Hauptstadt eine solche Entwicklung nicht stattfinden sollte. Das haben die Experten von Prognos - übrigens nicht im Auftrag der Landesregierung, sondern im Auftrag des Wirtschaftsforums, eines freien, unabhängigen Forums; man muss ja fast alles richtigstellen, was Sie gesagt haben - erst vor wenigen Tagen ausdrücklich bestätigt. Darum hat der Berliner IHK-Chef Eric Schweitzer soeben noch einmal erklärt:

„Der neue Flughafen ist für die Wirtschaft in der Region eine höchst wichtige Sache.“

Genau so ist es, meine Damen und Herren, und diesen Aspekt sollten wir nicht aus den Augen lassen.

(Beifall SPD)

Deswegen bin ich mir sehr sicher: In langfristiger Perspektive betrachtet wird sich unser neuer Flughafen als zentraler Entwicklungsmotor für die gesamte Region erweisen.

(Beifall der Abgeordneten Bischoff und Holzschuher [SPD])

Und nur diese Betrachtungsweise ist dem Projekt angemessen, meine Damen und Herren.

Es ist ja nicht bloß ferne Zukunftsmusik; die positiven Effekte sind doch längst spürbar. Darüber könnten wir uns doch auch freuen. Die Flughafenregion, insbesondere der Landkreis Dahme-Spreewald - das wird auch Herr Ramsauer noch lernen -, gehört seit Jahren zu den wachstumsstärksten Regionen ganz Brandenburgs und darüber hinaus. Die Region verzeichnet derzeit über die Hälfte der Unternehmensansiedlungen in ganz Brandenburg. Rund um den Flughafen entstehen laufend neue Arbeitsplätze. Und auch das geht manchmal unter: Die Flughafenregion ist derzeit die zuzugsstärkste Region des ganzen Landes. Das alles gehört zur Wahrheit des Flughafens, und das sollte man auch einmal sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Was mich im Zusammenhang mit diesen Perspektiven dann doch erstaunt zurücklässt, sind einige der aktuellen Einlassungen aus den Reihen der Brandenburger CDU. Da kommt zum Beispiel Herr Dombrowski daher und erzählt völlig ohne innere Logik und Begründung von „Dauersubventionen“ und der „völligen Unwirtschaftlichkeit“ des neuen Flughafens - und das, obwohl er zeitgleich sagt, unser Flughafen werde bereits 2013 völlig ausgelastet sein. Wie passt das zusammen? Was soll das? Was ist das für eine Logik? Wohin ist

Ihr ökonomischer Sachverstand eigentlich verdampft, Herr Dombrowski?

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Alle Unternehmen und auch die Arbeitnehmer unserer Region sehen der Eröffnung des neuen Flughafens ungeduldig und mit großen Erwartungen entgegen. Sie sollten aufhören, um dieses große Projekt herum ständig Angst und Verunsicherung zu verbreiten. Das hat das Land nicht verdient, das hat das Projekt nicht verdient, und das haben die Menschen, die auf dieses Projekt hoffen, auch nicht verdient, Herr Dombrowski.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Damit ich, meine Damen und Herren, nicht falsch verstanden werde: Kritik ist völlig in Ordnung und Aufgabe der Opposition - gerade dann, wenn etwas nicht so läuft, wie es laufen soll. Aber auf Augenmaß, Zielrichtung und gute Argumente sollte man trotzdem nicht völlig verzichten. Gute Oppositionsarbeit funktioniert nach meiner Erfahrung so, dass bei den Bürgern nach und nach der Eindruck entstehen kann: Die sind in der Lage, Verantwortung zu übernehmen. Die könnten das Land ja vielleicht auch regieren, womöglich sogar besser. - Zu diesem Eindruck konnte nach Ihrer heutigen Rede niemand im Lande kommen, Herr Dombrowski, da bin ich mir relativ sicher.

Ich bin nun wahrlich nicht der Berater in Sachen Strategie der CDU. Doch, meine Damen und Herren, wenn die CDU im Land und auch hier im Landtag glaubt, sie könne verlorenes Vertrauen mit möglichst viel Miesepetrigkeit, Effekthascherei und Panikmache zurückgewinnen, dann hat sie sich mit Sicherheit gründlich geirrt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es ist derzeit bei der CDU nicht zu verkennen, dass es sich um eine erschreckend schlechte und unsortierte Oppositionsarbeit handelt. In diesem Zustand ist die CDU nicht imstande, Verantwortung in Brandenburg zu übernehmen. Das zeigt sich hier sehr deutlich.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Patriotismus ist ja ein Begriff, über den so mancher hier im Hause gern redet. Ich kann nur sagen: Jetzt ist der Zeitpunkt, an dem Sie sich Ihrer patriotischen Verantwortung für dieses Land stellen können. Ich füge hinzu: Wir werden in Zukunft trotz aller großen Schwierigkeiten gemeinsam noch viel Freude an diesem Flughafen haben. Das gilt für die Menschen in der Region, das gilt für unser Land, das gilt für die Fluglinien, für die Fluggäste und auch für die Besucherinnen und Besucher des Flughafens. - Ich danke Ihnen fürs Zuhören, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Herr Dombrowski hatte darum gebeten, die Redezeit zu teilen; 30 Minuten sind in der Tat sehr lang. Sie haben wieder das Wort.

Dombrowski (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt haben wir es gehört: Beim Flughafendesaster geht es um eine sich selbst erfüllende Prophezeiung der CDU - wie Herr Holzschuher ausgeführt hat. Vom Ministerpräsidenten haben wir gehört, dass es jetzt unsere patriotische Verantwortung sei, alles zu tun, damit dieser Flughafen tatsächlich ans Netz gehen könne, nach Möglichkeit alle Fragen zu lassen, einfach all das zu tun, was notwendig ist, um die Verantwortung, die der Ministerpräsident in diesem Land und damit auch im Aufsichtsrat hat, kleinzureden, auf andere abzugeben - auf das Land Berlin und den Bund.

(Frau Lehmann [SPD]: Das hat er nicht gesagt!)

Ich fasse das zusammen, was die Kollegen Holzschuher und Görke vorgetragen haben was der Ministerpräsident angefügt hat.

Der Ministerpräsident hat gesagt, die CDU heuchele.

(Frau Lehmann [SPD]: Das hat er nicht getan!)

Er hat Vergleiche zwischen Oberliga und Kreisliga gezogen. Herr Ministerpräsident, was haben Sie eigentlich gegen Ehrenamtler in der Kreisliga?

(Beifall CDU)

Sie haben vorgetragen, wenn Sie im Lande unterwegs seien, hörten Sie viel, aber keine Klagen der Bürger über den Flughafen. Seien Sie sicher: Die werden noch kommen, wenn die Haushaltsauswirkungen sich in jedem Dorf, jeder Gemeinde abbilden. Im Übrigen: Wenn ich mir anschau - Ihre Termine sind ja immer im Anhang einsehbar -, wie viel Töpferausstellungen Sie besuchen oder das eine oder andere mehr -, dann stelle ich fest, dass das Termine sind, bei denen andere Dinge im Vordergrund stehen - schögeistige Dinge, die wichtig sind für das Land und die Menschen, die aber nicht das betreffen, was wir hier besprechen.

(Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben dargestellt, auf der Baustelle sei alles fertig; es fehle an Software und solchen Dingen. Ich habe da von Herrn Amann, den ich sehr schätze, etwas anderes gehört. Er hat kürzlich erklärt, er sei überrascht gewesen, dass gar keine Ausführungsplanungen vorliegen. Unter anderem nannte er wörtlich die „verbindenden Ausführungsplanungen“. Jeder, der einmal etwas mit Planungen zu tun hatte, weiß, dass die Ausführungsplanungen der Hauptteil der Ingenieurplanung sind. Sie meinen jedoch, das beschränke sich auf Software. Sie kennen ja die Liste der fertigzustellenden Dinge und der sonstigen Defizite; zumindest ist das in den Unterlagen nachzulesen, in die selbstverständlich auch ich Einsicht genommen habe.

Herr Ministerpräsident, Sie sagen: Sorgfalt und Umsicht gehen vor Tempo. - Ja, da haben Sie Recht. Das gilt auch im Straßenverkehr. Aber wie viel Sorgfalt und Umsicht und wie viele Verschiebungen - mit all den Folgen, die damit verbunden sind - wollen Sie uns denn noch zumuten?

(Beifall CDU)

Sie haben eine Studie zitiert, die nicht das Land, sondern andere veranlasst haben, aber Sie haben daraus zitiert und gesagt, darin habe man festgestellt, dass der Flughafen ein Jobmotor ist. Darauf bezogen habe ich gesagt: Dazu brauchen Sie keine Studie, das können Sie wirklich jeden fragen, weil dies selbstverständlich bekannt ist.

Und - das will ich ein wiederholtes Mal klarstellen -: Die CDU-Fraktion hat diesen Flughafen nie infrage gestellt, sondern wir wollen von Ihnen gern wissen: Was kostet uns das Ganze? Wann wird er tatsächlich fertig? Das wird ja im September sicherlich klarer werden. Wie ist die Perspektive dieses Flughafens?

Und, Herr Ministerpräsident: Wenn Ihre Regierung mitteilt, dass dieser Flughafen aufgrund der Ertrags- und Wirtschaftslage keine weiteren Kredite mehr bekomme, dann können Sie nicht so tun, als gebe es kein Problem.

(Beifall CDU)

Herr Holzschuher hat wortwörtlich von „scheinbaren finanziellen Problemen“ gesprochen. Na, das ist ja eine Wirklichkeitswahrnehmung, Herr Kollege!

(Lachen bei der CDU)

Dann sollten Sie wenigstens einmal die Kleinen Anfragen lesen, die Ihre und unsere Landesregierung beantwortet.

Es wird dann so getan, als ob das in Brüssel eine Kleinigkeit sei. Der Kollege Vogel hatte auf Rheinland-Pfalz hingewiesen - ich will das nicht an die Wand malen. Ich kann Ihnen sagen, dass wir unseren Kollegen Ehler gebeten haben, in Brüssel das Seinige zu tun - das ist für ihn selbstverständlich -, damit die Belange und Anforderungen dieses Landes möglichst zügig bearbeitet werden. Aber es ist eben keinesfalls selbstverständlich, dass die in Brüssel einfach so sagen: Selbstverständlich, das machen wir doch.

Kollege Vogel hat es gesagt: Die Flughäfen stehen im Wettbewerb miteinander. Bei dem Notifizierungsverfahren wird dieser Flughafen genauso behandelt wie jedes private Unternehmen. Natürlich werden die Parlamente in den drei beteiligten Körperschaften zu allem, was da kommt - auch wenn es noch eine Milliarde mehr wird -, selbstverständlich die Hand heben. Aber das heißt noch lange nicht, dass das in Brüssel ganz genauso gesehen wird.

Zu den guten Kontakten in Brüssel: Herr Ministerpräsident, Sie können ja einmal vortragen, wann Sie das letzte Mal in Brüssel waren, wie viele Jahre das her ist. Vielleicht sollten Sie sich öfter dort sehen lassen, um zu verstehen, wie umsichtig, korrekt und messerscharf beinhart die EU-Beamten dort tätig sind.

(Beifall CDU)

Herr Holzschuher hat gesagt - nicht heute, aber wir kennen das von ihm -: Naja, es wird ja gar nicht teurer, wir bauen einfach mehr. - So haben Sie es im Vorfeld immer vorgetragen. Sie versuchen es so darzustellen, als ob die jetzige Situation dieses großen Projekts das Ergebnis planvollen, umsichtigen Vorgehens sei. Das haben Sie versucht darzustellen. Das stimmt doch

aber nicht. Wenn es denn so ist - und da haben Sie mich richtig zitiert -, dass die Passagierzahlen deutlich schneller gestiegen sind - das haben nicht wir festgestellt, sondern das ist das Ergebnis von Prognosen und Ist-Sacherhebungen -, dann muss ich doch darauf eingehen. Wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass wir schon im nächsten Jahr die Passagierzahlen erreichen werden, die für 2023 geplant waren, dann ist das einerseits erfreulich,

(Holzschuher [SPD]: Das ist doch etwas Positives, oder?)

aber dann müssen Sie eben auch den Flughafen danach ausrichten und dürfen nicht so tun, als ob das jetzt etwas ganz Überraschendes sei. Auch wir wollen den Erfolg des Flughafens, aber wir lassen uns als Opposition nicht darauf begrenzen, Ihnen nur zu sagen, Sie machten alles richtig, obwohl die veröffentlichte Meinung und die von vielen Bürgerinnen und Bürgern ist: Es läuft eben nicht rund am Flughafen.

Von daher, Herr Ministerpräsident: Auf Ihre Hinweise, wer in der Lage ist, hier in Brandenburg Verantwortung zu übernehmen oder nicht, können wir gern verzichten. Ich habe vorhin gesagt, dass wir über das Thema der gestiegenen Kosten reden können. Wir sind jedoch nicht bereit, Ihnen durchgehen zu lassen, wenn Sie gemeinsam mit Ihrem Regierungssprecher die Opposition bezichtigen, öffentlich mit Dreck zu werfen. Das steht Ihnen nicht zu, das ist kein Stil.

(Beifall CDU)

Herr Ministerpräsident, als Sie nach einer viel zu langen Hängepartie gezwungen waren, Ihrem Freund Rainer Speer den Rückzug aus der Politik nahezulegen, erklärten Sie dies mit folgenden Worten:

„Ich habe mich davon leiten lassen, dass an politisch Verantwortliche zu Recht höhere Ansprüche als an andere gestellt werden, an die Redlichkeit des Tuns.“

Ähnlich haben Sie sich bei Herrn Rupprecht geäußert.

Diesen hohen Ansprüchen werden Sie, Herr Ministerpräsident, unserer Auffassung nach nicht gerecht. Sie haben heute erneut keine Antworten gegeben - keine Auskunft zum Finanzierungsdebakel, keine Erklärung zu Terminschwierigkeiten, keine Antworten auf die allgemeinen Sicherheitsbedenken, kein Wort zur Schwarzarbeit am Flughafen, keine Erklärungen zum von uns so bezeichneten Rechtsbruch in Sachen Schallschutz.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Das ist doch jetzt ein bisschen lächerlich, oder?)

Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise 2008 standen Sie hier in diesem Saal und sagten:

„Bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erwarten wir Vernunft, Anstand und Verantwortungsgefühl. Aber in manchen Chefetagen sind Vernunft, Anstand und Verantwortungsgefühl Fremdworte geworden. Nicht zu Unrecht haben die Bürger das Gefühl, die Zeche zahlen zu müssen.“

Das ist vollkommen richtig. Und richtig ist auch, dass man heute genau das Gleiche über Sie sagen muss, Herr Minister-

präsident. Sie haben die Gelegenheit nicht genutzt, sich den Brandenburgerinnen und Brandenburgern zu Ihrem Anteil an der Verantwortung für das Flughafendesaster, seine Folgen und seine Lösungen zu erklären. Schuld und Versäumnisse sehen Sie vor allem bei anderen. Übernehmen Sie, Herr Ministerpräsident, einmal und glaubwürdig Verantwortung und stellen Sie Ihr Amt zur Verfügung.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Nachdem Herr Abgeordneter Dombrowski seinen Redebeitrag beendet hat, erhält nunmehr Herr Ministerpräsident Platzeck die Möglichkeit, zu entgegnen. Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Platzeck:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht zu der letzten Forderung gemeldet, diese ist keines Kommentares wert.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Zuruf von der SPD: Richtig!)

Ich wollte Kollegen Dombrowski, der den Terminspiegel anscheinend intensiv liest, nur ein wenig aufklären. Lieber Herr Dombrowski, es gibt auch Termine - das ist der guten Ordnung halber so -, die nicht von der Regierung sind, sondern von Partei und Fraktion, die nicht darin stehen. Seit einigen Wochen führen wir Abend für Abend mehrere Stunden Foren mit vielen Bürgerinnen und Bürgern durch. Auf diese habe ich mich bezogen. Auch in dieser Woche stehen wieder Veranstaltungen in fünf Städten auf der Tagesordnung. Sie sind bestens besucht, meist überfüllt. Ich kann Ihnen nur sagen: Es würde Ihrer Partei guttun, so etwas zu machen; dann könnten Sie nämlich etwas über die wirkliche Stimmung im Lande lernen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Platzeck. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Der Abgeordnete Ness hat das Wort.

Ness (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf einen inhaltlichen Kommentar zur letzten Bemerkung von Herrn Dombrowski will ich mich ebenfalls nicht einlassen, aber ich möchte darauf hinweisen, was man daraus lernen kann, wenn man einen vorbereiteten Redetext hat und diesen nicht mehr variieren kann, nachdem der Ministerpräsident gesprochen hat. Dann kommt solch ein Flop dabei heraus.

Ich finde, ich sollte mit dem Dank für zwei Redebeiträge beginnen. Zunächst einmal danke ich dem Ministerpräsidenten für seinen Redebeitrag, der sehr viel zur Aufklärung beigetragen hat.

(Widerspruch CDU)

Es ist eindeutig so, dass der Aufsichtsrat am 15. September

2012 wieder zusammenkommen wird, und an diesem Tag wird Herr Amann zusammen mit Herrn Schwarz dem Aufsichtsrat einen Vorschlag unterbreiten, wann der Flughafen eröffnet werden wird.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Auch wenn Sie noch so herumschreien, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, es wird trotzdem so sein. Das stand aber auch gestern und sogar schon letzte Woche in der Zeitung, deshalb hätten wir diese Sondersitzung nicht gebraucht. Am 15. September kommt der Aufsichtsrat zusammen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es sollte einen verbindlichen Eröffnungstermin geben, der von der Geschäftsführung vorgeschlagen wird. Die Mitglieder des Aufsichtsrates, die Vertreter des Landes Brandenburg, aber auch Herr Henkel von der CDU sowie die Staatssekretäre der CDU/FDP-geführten Bundesregierung werden ihre Meinung dazu sagen. Dann wird ein Termin vereinbart und wir werden wissen, wann der Flughafen eröffnet wird. Das wird im nächsten Jahr sein. Ich freue mich sehr darauf, auch deshalb, weil ich aus einem Wahlkreis komme, der in doppelter Hinsicht vom Flughafen betroffen ist: zum einen durch Fluglärm, zum anderen aber auch durch Arbeitsplätze.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir es hier nicht mit einer Bauruine zu tun haben, wie manche Journalisten schreiben, sondern mit einem Projekt, das dafür gesorgt hat, dass sich der reale Speckgürtel, den wir in den Neunzigerjahren nur zwischen Kleinmachnow, Teltow und Werder kannten, mittlerweile deutlich weiterentwickelt hat. Durch das Entstehen des Flughafens haben wir zwischen Ludwigsfelde und Erkner Vollbeschäftigung, und diese Region wird mit der Eröffnung des Flughafens noch weiter wachsen. Ich meine, das alles sollte bei dieser Diskussion nicht vergessen werden.

In den letzten Wochen gab es eine Aufregungsspirale in den Medien, aber auch in der politischen Klasse, die nicht nachvollziehbar ist und seltsame Erscheinungen hat, die wir auch heute in dieser Debatte beobachten konnten.

Ich möchte auf eine Erscheinung aufmerksam machen - das sage ich auch in Richtung der CDU, weil es etwas mit der politischen Kultur in diesem Land zu tun hat -: An diesem Wochenende hat es eine Demonstration vor dem Haus von Herrn Schwarz gegeben. Nun bin ich kein Fan von Herrn Schwarz. Ich halte viele seiner Anschauungen und Vorgehensweisen für falsch. Aber was dort stattgefunden hat, ist etwas, was eigentlich ein politischer Skandal ist, und ich hätte gerade von der CDU erwartet, dass sie darauf aufmerksam macht.

Vor etwa zehn Jahren haben Mitglieder der Jugendorganisation meiner Partei vor dem Haus von Herrn Schönbohm demonstriert. Es hat damals einen Riesenaufschrei gegeben, und zwar zu Recht. Sie haben demonstriert - es ging um das Thema Videoüberwachung -, indem sie sich mit Videokameras vor seinem Haus aufgestellt haben. Das hat damals eine große Diskussion im Land Brandenburg ausgelöst, und es wurde gesagt, dies sei ein Eingriff in die Privatsphäre. Ich dachte, so etwas würde nicht wieder passieren.

(Frau Alter [SPD]: Richtig!)

An diesem Wochenende ist es wieder passiert. Es hat Proteste vor dem Haus von Herrn Schwarz gegeben. Ich habe, glaube ich, in einer Zeitung einen kritischen Kommentar dazu gelesen. Ich persönlich halte es für einen Skandal. Es darf nicht sein, dass in die Privatsphäre von Menschen eingegriffen wird, auch nicht in schwierigen politischen Diskussionen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich möchte auf einen zweiten Punkt eingehen, der sich auf die heutige Debatte bezieht: Es geht um die Rede von Herrn Vogel. Ich muss betonen - denn vorhin ist das etwas untergegangen -: Für mich ist Ihre Rede Ausdruck einer Aufregungsspirale, die nichts mehr mit Aufklärung zu tun hat, sondern mit purem Irrationalismus. Wenn Sie, Herr Vogel, sich hier hinstellen und die FBB mit Griechenland vergleichen, dann haben Sie vollständig Maß und Mitte verloren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg ist nicht Griechenland. Sie ist kein Staat, der zahlungsunfähig ist, sondern sie ist im Besitz der reichsten Wirtschaftsnation in ganz Europa, nämlich der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesländer Berlin und Brandenburg. Die Bundesrepublik Deutschland hat erst gestern bekanntgegeben, dass in diesem Jahr die Steuereinnahmen um 9 % gestiegen sind. Es sind Einrichtungen, Institutionen, die vollständig in der Lage sind, dieses Problem der Mehrkosten zu stemmen. Ich nehme Ihnen - der CDU ohnehin nicht, aber auch nicht den Grünen - die Krokodilstränen, die Sie hier wegen der Frage der Mehrkosten vergießen, nicht ab.

Matthias Platzeck hat vorhin benannt, wie viele Landtagssitzungen wir hatten, in denen wir uns mit dem Thema Fluglärm auseinandergesetzt haben. Es ist keine einzige dieser Sitzungen vergangen, in der eine Ausweitung von Kosten für die Flughafengesellschaft verlangt worden ist. Sich danach hinzustellen und zu sagen: Auweia, nachdem das eingetreten ist, mache ich mir aber total viele Sorgen um die Flughafengesellschaft, ob sie auch das Geld hat, ist mehr als bigott. Das kann man einfach nicht akzeptieren.

Ich halte es für völlig richtig, dass Brandenburg das im Aufsichtsrat durchgesetzt hat.

Man muss sich vor Augen halten, was wir dort durchgesetzt haben: Wir haben durchgesetzt, dass im Zweifelsfall jemand in Blankenfelde-Mahlow, der diesen tollen Lärmschutz bekommt, dann eben 30 % des Einheitswertes seines Grundstücks und seiner Immobilie erhält. Wenn diese Immobilie einen Wert von 300 000 Euro hat - das scheint mir kein unangemessener Preis zu sein -, werden die Eigentümer, die vom Fluglärm betroffen sind, eine Entschädigung in Höhe von 90 000 Euro bekommen. Also, wenn das kein guter Lärmschutz bzw. keine gute finanzielle Ausstattung für Lärmschutz ist, dann verstehe ich nicht mehr, was hier gefordert wird. Das ist der beste Lärmschutz, der in Deutschland durchgesetzt worden ist. Wir haben in München eine Situation, in der 16 Mal pro Tag die 55 Dezibel überschritten werden dürfen, in Düsseldorf sechs Mal - bei uns unter 1. Das hat die Konsequenz, dass diejenigen, die dort arg betroffen sind, dieses Geld als Ersatz bekommen.

Matthias Platzeck hat auch zu Recht darauf hingewiesen - auch

das gehört zur Wahrheit -: Wenn wir über die Regionen sprechen, die von Lärm betroffen sind und entsprechenden Schutz beanspruchen können, dann sind das im Augenblick unsere Zugzugsregionen. Vorhin ist bereits viel über die Geschichte dieses Flughafens gesprochen worden. Über den Standort Schönefeld ist 1994 in der Landesregierung politisch entschieden worden; Herr Büttner hat darauf hingewiesen. Den Standort Sperenberg haben wir - auch das gehört zur vollständigen historischen Wahrheit - gegen den Widerstand der CDU/FDP-Regierung des Diepgen-Senats in Berlin sowie der Grünen in Berlin und Brandenburg politisch nicht durchsetzen können.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Frau Wehlan [DIE LINKE]: Genau!)

Das ist schlicht und einfach die historische Wahrheit und muss an dieser Stelle erwähnt werden. Deshalb gibt es heute Schönefeld. In der Konsequenz gibt es bestimmte Orte, die besonders von Fluglärm betroffen sind. Dazu gehören unter anderem Blankenfelde-Mahlow und Ludwigsfelde, die besonders stark betroffen sind, weit stärker als Kleinmachnow, Teltow und Stahnsdorf.

Was ist seit dieser Flughafen-Entscheidung passiert? Blankenfelde-Mahlow ist der Ort, der den höchsten prozentualen Zuwachs in ganz Brandenburg hatte, höher als Falkensee. Diese Entwicklung wird auch weitergehen. Die Einwohnerzahlen werden dort steigen, und die Grundstückspreise werden nicht sinken. Sie sind bisher nicht gesunken und werden auch in Zukunft nicht sinken; trotzdem wird es diese Entschädigungszahlungen geben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Sätze zur CDU sagen. Matthias Platzeck hat bereits viel Gutes und Richtiges gesagt, was die Strategie betrifft.

(Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Ich war durchaus gespannt. Im Sommer gab es viel Geflüster auf den Fluren des Landtages: Jetzt, wo Frau Ludwig in die Babypause geht, wird die CDU ihre bis dahin gescheiterte Strategie des Angriffs auf diese rot-rote Regierung überdenken und einen softeren Weg gehen.

(Zuruf von der CDU)

Das ist insbesondere von vielen aus den hinteren Reihen der CDU erhofft worden. Der eine oder andere hat das still gedacht.

Ich muss sagen - ich kann ja einen Gruß an Frau Ludwig bestellen -, sie hat auch aus ihrer Babypause heraus ihren Einfluss durchgesetzt. Herr Dombrowski, Sie waren ein braver Diener Ihrer Herrin und haben diese Chaosstrategie fortgesetzt. In der ersten Phase haben Sie den Sozialismus zu Lande, zu Wasser und in der Luft bekämpft.

(Heiterkeit bei der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Als das alles nicht gefruchtet hat, haben Sie bei Franz Josef Strauß noch einmal nachgeschaut, und was Sie dort gefunden haben, ist die sogenannte Sonthofen-Strategie. Diese wird kaum noch einer kennen. Franz Josef Strauß hat sie einmal auf einer Klausurtagung der CSU entwickelt. Damals sagte er sinnge-

mäß: Also, eigentlich steht diese Regierung total gut da. Die bekommen wir nie weg. Wir bekommen sie nur weg, wenn es diesem Land schlechter geht.

Genau das exerziert Herr Dombrowski jetzt hier durch. Er versucht, dieses Land und diesen Flughafen schlechztzureden, um damit neue Erfolge zu erreichen. Ich sage Ihnen voraus: Die Brandenburger sind viel zu klug. Sie kommen in diesem Land nie an die Regierung. Sie bleiben das, was Sie sind: Generalsekretär einer - dann gescheiterten - Spitzenkandidatin. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ness. Dieser Redebeitrag war durch die SPD-Fraktion angemeldet worden. - Hat die FDP weiteren Redebedarf? - Die Fraktion DIE LINKE? - Das sehe ich nicht.

(Abgeordneter Vogel [GRÜNE/B90] meldet sich zu Wort.)

Es gibt noch eine Kurzintervention. Herr Vogel, haben wir Sie übersehen? - Sie haben noch Redezeit, diese dürfen Sie jetzt noch nutzen. Sie haben das Wort.

Vogel (GRÜNE/B90):

Immer, wenn es inhaltsfrei wird, dann spricht Herr Ness - so könnte man es auf den Punkt bringen.

(Lebhafter Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

So, wie sich der Ministerpräsident den Kommentar zu den Rücktrittsforderungen der CDU zu Recht spart, könnte ich mir eigentlich auch jeden Kommentar zu Herrn Ness sparen.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Das wäre nicht schlecht!)

Aber auf eines sollte man doch noch einmal eingehen, weil es immer wiederkehrend von Ihnen behauptet wird: Die damals als außerparlamentarische Opposition auftretenden Grünen und die nach meinem Wissen nicht in einem schwarzen Senat mit Herrn Diepgen steckenden Berliner Grünen seien wesent-

lich dafür verantwortlich gewesen, dass der Standort Schönefeld gekommen sei. Das ist ja nun eine Geschichtswahrnehmung, die ich wirklich nur erstaunlich finden kann. Aber ich sage es nochmals - nehmen Sie es einfach zur Kenntnis -: Wir stehen nach dieser Entscheidung und nach allem, was da vorbereitet wurde, natürlich zu dem Standort Schönefeld für den BER.

Wir müssen uns doch jetzt alle Gedanken machen, wie wir es zu einem guten Ende bringen. Aber dieses gute Ende kann nicht darin bestehen, dass wir auf Zuruf der Regierung unbegrenzt Mittel zur Verfügung stellen, sondern wir müssen das konkret an Auflagen binden. Das haben wir mit unserem Entschließungsantrag versucht deutlich zu machen, und ich denke, damit ist es gut.

(Beifall GRÜNE/B90)

Dass Griechenland und der BER zwei verschiedene Dinge sind, ist schon deutlich. Lesen Sie in meinem Redetext nach, und dann ist es gut. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Da keine weiteren Redebedürfnisse signalisiert worden sind, schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Meine Damen und Herren Abgeordnete, Ihnen liegt der Entschließungsantrag in Drucksache 5/5843 vor, eingebracht durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Titel lautet: „Transparenz und Risikobegrenzung - Landesmittel für die FBB an konkrete Bedingungen knüpfen“. Wer diesem Entschließungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen ist diesem Antrag nicht Folge geleistet worden und er ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich schließe den einzigen Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung und damit die außerordentliche Landtagssitzung. - Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 13.28 Uhr

Anlage**Anwesenheitsliste**

Frau Alter (SPD)
Herr Baaske (SPD)
Herr Baer (SPD)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
Herr Beyer (FDP)
Herr Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Herr Bommert (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Büttner (FDP)
Herr Christoffers (DIE LINKE)
Herr Dombrowski (CDU)
Herr Domres (DIE LINKE)
Herr Folgart (SPD)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Herr Fritsch (SPD)
Herr Genilke (CDU)
Herr Görke (DIE LINKE)
Herr Goetz (FDP)
Frau Gregor-Ness (SPD)
Herr Groß (DIE LINKE)
Frau Große (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau Heinrich (CDU)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Herr Holzschuher (SPD)
Herr Homeyer (CDU)
Herr Jürgens (DIE LINKE)
Herr Jungclaus (GRÜNE/B90)
Frau Kaiser (DIE LINKE)
Frau Kircheis (SPD)

Herr Kosanke (SPD)
Herr Krause (DIE LINKE)
Herr Kuhnert (SPD)
Herr Lakenmacher (CDU)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Herr Lipsdorf (FDP)
Herr Loehr (DIE LINKE)
Herr Ludwig (DIE LINKE)
Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Frau Mächtig (DIE LINKE)
Herr Maresch (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Dr. Münch (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Herr Ness (SPD)
Frau Niels (GRÜNE/B90)
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)
Herr Petke (CDU)
Herr Pohl (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Herr Richter (SPD)
Herr Rupprecht (SPD)
Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Herr Schulze (fraktionslos)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Tack (DIE LINKE)
Frau Theiss (SPD)
Herr Tomczak (FDP)
Herr Vogel (GRÜNE/B90)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Herr Wichmann (CDU)
Frau Wöllert (DIE LINKE)